



**13. Dreiländerkongress
13^{ème} Congrès Tripartite**

**Rendez-vous régional -
Zivilgesellschaft
im Dialog mit ...**

**Rendez-vous régional -
Société Civile
à la rencontre de ...**



**Dokumentation
Documentation**



Rheinland-Pfalz
STAATSKANZLEI



Impressum / Mentions légales

Herausgeber / Editeur

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz
V.i.s.d.P.: Monika Fuhr

Redaktion / Rédaction

Sarah Maurerer
Referentin für grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Bilder / Photos

Voss, suedlicht, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, viskon

Gestaltung / Design

Herbert Thum, www.viskon.de

Druck / Impression

Palatina-Druck



Rendez-vous régional -
Zivilgesellschaft
im Dialog mit ...

Rendez-vous régional -
Société Civile
à la rencontre de ...



Dokumentation
Documentation



Grußwort

Kurt Beck, Ministerpräsident von Rheinland-PfalzSeite 6

Grußwort

Hans-Dieter Schlimmer, Oberbürgermeister von LandauSeite 8

Dr. Jeanette Behringer : „Möglichkeiten und Perspektiven
für eine trinationale Partizipationskultur“Seite 10

Rückblick auf die BürgerforenSeite 18

Bericht aus den ExpertenhearingsSeite 21

StarterprojekteSeite 22

Gesprächsrunden 13. DreiländerkongressSeite 27

Bärbel Schäfer, Regierungspräsidentin Freiburg:
„Gemeinsam handeln und gestalten“Seite 31

Selbstverpflichtungserklärung.....Seite 32



Mot de bienvenue Kurt Beck, Ministre-Président du Land de Rhénanie-Palatinat	Page 38
Mot de bienvenue Hans-Dieter Schlimmer, Maire de la ville de Landau	Page 40
Dr. Jeanette Behringer : « Opportunités et perspectives pour une culture de la participation trinationale »	Page 42
Rétrospective sur les forums citoyens	Page 50
Rapport des audits d'experts	Page 53
Projets pilotes	Page 54
Les entretiens du 13 ^{ème} Congrès Tripartite	Page 59
Bärbel Schäfer, Regierungspräsidentin de Fribourg: « Agir et se développer ensemble »	Page 63
Déclaration	Page 64



Liebe Leserinnen und Leser,

in den letzten zwei Jahren haben sich über 500 Bürgerinnen und Bürger bei drei Bürgerforen in Straßburg, Karlsruhe und Basel aktiv eingebracht und ihre Ideen, Vorstellungen und Erwartungen an die Trinationale Metropolregion Oberrhein formuliert. In den Fokus gerückt wurden insbesondere Rahmenbedingungen und Aktivitäten für erfolgreiches zivilgesellschaftliches Engagement in der Grenzregion.

Die Ergebnisse dieses umfangreichen Diskussions- und Beteiligungsprozesses wurden im Rahmen des 13. Dreiländerkongresses „Rendez-vous régional - Zivilgesellschaft im Dialog mit...“ öffentlich vorgestellt. Der Kongress, der am 27. Juni 2012 in Landau stattfand, wurde zudem als Plattform genutzt, damit zivilgesellschaftliche Akteure mit Vertreterinnen und Vertretern der Säulen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in den direkten Dialog treten konnten.

Die Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger wurden durch ausgewiesene Fachleute auf ihre Umsetzbarkeit hin analysiert. Herausgekommen sind elf konkrete Projektideen – sogenannte Starterprojekte. Sie wurden in Landau präsentiert und sollen zeitnah umgesetzt werden. Die Projekte, darunter beispielsweise eine trinationale elektronische Fahrplanauskunft oder die Schaffung einer Informationsplattform zu den Themen Gesundheit und Gesundheitsvorsorge, werden einen konkreten Beitrag leisten, um den grenzüberschreitenden Lebensalltag der Menschen am Oberrhein zu verbessern.

Darüber hinaus gründen wir unter der Federführung der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz ein oberrheinisches Netzwerk für bürgerschaftliches Engagement. Dadurch versprechen wir uns eine noch gezieltere und aktivere Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Initiativen, Gruppierungen und Vereine. Die bereits vorhandenen Ansprechpartner auf lokaler Ebene, die Eurodistrikte und INFOBESTen, werden Ihnen auch künftig Hilfestellung und Orientierung geben. Sie bilden weiterhin die ersten Anlaufstellen für grenzüberschreitend engagierte Bürgerinnen und Bürger.



Der grenzüberschreitende Austausch von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft mit der Zivilgesellschaft am Oberrhein, den wir in einem ersten Schritt erfolgreich angegangen sind, ist eine große Herausforderung. Bürgerschaftliches Engagement, Partizipation und Mitsprache sind Prozesse, die kontinuierlich gefördert werden müssen, damit sie ihre Wirkung entfalten. Daran wollen wir gemeinsam mit allen zuständigen Akteuren und Institutionen sowie den Bürgerinnen und Bürgern am Oberrhein weiterarbeiten.

Liebe Leserinnen und Leser, an dieser Stelle möchte ich nochmals allen Mitwirkenden, insbesondere den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch den Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, sehr herzlich für das bisher eingebrachte Engagement danken. Ohne ihre aktive Beteiligung wäre dieser Prozess nicht denkbar gewesen. Ihnen allen wünsche ich eine interessante Lektüre mit spannenden Projekten und interessanten Anregungen für die weitere Entwicklung der Trinationalen Metropolregion Oberrhein.

Ihr

Kurt Beck

Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz



Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ihnen allen ein herzliches Willkommen in unserer Stadt Landau. Ich freue mich sehr über Ihre Teilnahme an dieser Tagung. Wenn wir die Trinationale Metropolregion Oberrhein mit Städten wie Basel, Freiburg, Straßburg oder Karlsruhe betrachten und Sie sich für die Stadt Landau mit ihren 45.000 Einwohnerinnen und Einwohnern als Tagungsort entschieden haben, ehrt uns das sehr. Eine Trinationale Metropolregion Oberrhein kann für Menschen nur fassbar werden, wenn man die Region als Ganzes wahrnimmt und kennenlernt. Deswegen hoffe ich umso mehr, dass Sie sich in unserer Stadt und in unserer Jugendstil-Festhalle heute wirklich wohl fühlen.

Unser Tagungsort, die Jugendstil-Festhalle der Stadt Landau, wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts erbaut. Sie ist das Werk des Architekten Hermann Goerke und konnte durch die Schenkung eines wohlhabenden Landauer Bürgers gebaut werden. Ende des 20. Jahrhunderts war diese Halle deutlich in die Jahre gekommen und musste saniert werden. Glücklicherweise konnten wir uns auch fast 100 Jahre nach ihrer Errichtung auf das bürgerschaftliche Engagement, nicht nur der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, sondern der gesamten Region verlassen. Der Verein „Freunde der Jugendstil-Festhalle“ trug, von einem unglaublichen Engagement getragen, 4 Millionen der insgesamt 23 Millionen Euro Sanierungskosten bei. Hierbei wird deutlich: Große Projekte sind nur mit dem Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger realisierbar. Und damit wären wir auch beim Thema dieser Tagung. Wer in historischen Dimensionen zu denken versteht, meine Damen und Herren, wer die schlimmen Kapitel unserer Geschichte kennt und nicht verdrängt, weiß, dass die entstandenen Freundschaftsbande unserer Länder seit fünf Jahrzehnten niemals selbstverständlich werden sollten. Deswegen sind solche Kongresse auch immer lohnend, sie bringen Menschen zusammen, sie lernen sich kennen und schätzen.

Nach zahlreichen Treffen der offiziellen Vertreterinnen und Vertreter begrüße ich sehr, wenn sich jetzt bei diesem Bürgerkongress die Bürgerinnen und Bürger aus Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, dem Elsass und der Nordwestschweiz zusammenfinden und man



gemeinsam versucht, Wege zu finden, um ein gemeinsames Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für diese wunderschöne Region zu schaffen. Das wird dauern, es wird nicht innerhalb von drei oder vier Jahren geschaffen werden können. Aber auch hier darf man in historischen Dimensionen denken. Man kann das, was geschaffen wurde, als Basis nutzen, überlegen, welche Initiativen es bereits gibt und gemeinsame Zukunftsprojekte entwickeln.

Die Stadt Landau, auch Mitglied der Metropolregion Rhein-Neckar, liegt nicht gerade im Zentrum der Trinationalen Metropolregion Oberrhein, aber wir bringen uns selbstbewusst ein. So würde ich mich sehr darüber freuen, wenn sich die Metropolregion im Jahre 2014 bei der Landesgartenschau des Landes Rheinland-Pfalz hier in Landau mit einem Projekt „Gärten der Freundschaft – Gärten der Metropolregionen“ präsentieren könnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Landau war nicht immer so wohlhabend wie heute. Wir waren im Laufe unserer fast 740-jährigen Geschichte Geworfene, wir waren Grenzregion und armes Land. Die Menschen wussten oft nicht, wie sie ihr Leben fristen sollten. Dies alles hat sich verändert in den vergangenen Jahrzehnten. Unsere Stadt, eingebunden in eine wundervolle Region, liegt inzwischen im Herzen Europas. Wir haben die sich daraus ergebenden Chancen aber auch offensiv genutzt. Geschichte bedeutet immer den Blick in die Vergangenheit, aber daraus lernen wir für die Gegenwart und unsere gemeinsame Zukunft. Wir sind stolz auf unsere Geschichte. So haben wir überhaupt nichts dagegen, wenn Besucherinnen und Besucher aus dem Norden Deutschlands das „Savoir Vivre“ in unserer Stadt lobend hervorheben. Offenbar spürt man noch heute unsere mehr als 100 Jahre währende Zugehörigkeit zu Frankreich.

Ich freue mich vor allem darüber, dass viele Bürgerinnen und Bürger der Trinationalen Metropolregion Oberrhein und nicht nur sogenannte Offizielle zugegen sind. Sie sollen wissen, dass Sie in unserer Stadt zu jeder Zeit herzlich willkommen sind. Unsere Metropolregion können wir mit gutem Recht und mit Blick auf die Verhältnisse in dieser Welt als kleines Paradies bezeichnen. Landau ist ein Teil davon, darauf sind wir stolz.

In diesem Sinne Ihnen allen einen herzlichen Willkommensgruß und einen schönen Tag in Landau.

Hans-Dieter Schlimmer

Oberbürgermeister der Stadt Landau



„Möglichkeiten und Perspektiven für eine trinationale Partizipationskultur“

Vortrag von Frau Dr. rer. pol. Jeanette Behringer
im Rahmen des 13. Dreiländerkongresses
„Rendez-vous régional – Zivilgesellschaft im Dialog mit...“

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Einladung und die Gelegenheit, Ihnen einige Gedanken zum Thema „Möglichkeiten und Perspektiven für eine trinationale Partizipationskultur“ präsentieren zu können.

Die trinationale Metropolregion versteht sich als ein - Zitat aus der Offenburger Erklärung vom Dezember 2010 - „funktionales Netzwerk von Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zur Förderung des territorialen Zusammenhaltes“, das die „Schaffung einer Grenzregion der Bürgerinnen und Bürger mit Einbeziehung der Erfahrungen, Meinungen und Vorschläge“ anvisiert. Sie möchte ein „gemeinsames Zugehörigkeitsgefühl“ entwickeln. Die Strategie 2020 spricht von der Notwendigkeit, den Erfolg der trinationalen Metropolregion mit demokratischer Legitimation und der aktiven Einbeziehung der Zivilgesellschaft zu verknüpfen.

Das Vorhaben, die Trinationale Metropolregion Oberrhein in diesem Sinne weiter voran zu treiben, ist ein hochgestecktes, ein langfristiges Ziel – und einzigartig. Ich beglückwünsche Sie dazu, denn die Entwicklung einer Region, und einer grenzüberschreitenden dazu, lebt von der Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Lebensraum. Dies ist heute ohne aktive Mitgestaltung und Entscheidung „von unten“ nicht mehr denkbar, wird nicht mehr als demokratisch empfunden, ist ohne Alternative. Mit dem Ziel, eine trinationale Partizipationskultur weiter zu entwickeln, soll ein weiteres Stück Integration geschaffen werden. Dabei geht es immer darum, im Umgang mit Anderen kulturelle Unterschiede zu erfahren, zu respektieren, um gemeinsam neue Formen des Zusammenlebens, des Austauschs zu entwickeln. Dies benötigt eine wertvolle Währung: Zeit. Eine Ressource, die gerade im politischen Betrieb rar ist. Eine zweite Ressource ist Mut und Offenheit. Denn Integration, so Wolfgang Vorkamp, ist nicht nur bloße Zustimmung, sondern „Teilhabe des Anderen“. Diese Teilhabe sprengt das Gemeinwesen nicht, so zeigen Untersuchungen, aber sie verändert es. Eine trinationale Partizipationskultur wird deshalb auch die Metropolregion Oberrhein verändern.

Ich gehe das Thema „trinationale Partizipationskultur“ in drei Schritten an:

- 1) Was beinhaltet der Begriff der „Partizipationskultur“?
- 2) Was ist das Potenzial der Zivilgesellschaft? Welche Bedeutung haben trinationale Unterschiede?
- 3) Welche möglichen nächsten Schritte ergeben sich daraus für die Metropolregion Oberrhein?



1. Zum Begriff „Partizipation“:

Viel gehört, strapaziert und beschworen - nicht erst seit den Jugendprotesten in Frankreich und „Stuttgart 21“. Definiert wird sie gemeinhin als „die aktive Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen bei der Erledigung der gemeinsamen (politischen) Angelegenheiten bzw. der Mitglieder einer Organisation, einer Gruppe, eines Vereins etc. an den gemeinsamen Angelegenheiten“.

Was bedeutet dies für unser Thema?

Es bedeutet zunächst, die Menschen in der trinationalen Metropolregion als Bürgerinnen und Bürger zu reflektieren und anzusprechen – nicht nur als Einwohnerinnen und Einwohner, nicht nur als Konsumentinnen und Konsumenten, nicht ausschließlich als Berufstätige. Bürgerinnen und Bürger besitzen bürgerliche Freiheitsrechte, politische und soziale Rechte; und nur der Besitz von Rechten ermöglicht im Gegenzug die Übertragung von Pflichten und Verantwortung. Es bedeutet ein Bekenntnis zur Mitgestaltung der Metropolregion „von unten“ und die Schaffung entsprechender seriöser, glaubwürdiger Möglichkeiten. Diese Formen der Mitgestaltung bauen häufig auf sozialer Partizipation auf, ersetzen sie aber nicht. Während politische Partizipation im engeren Sinn darauf abzielt, politische Entscheidungen entsprechender Institutionen zu beeinflussen, umfasst soziale Partizipation „alle individuell oder gemeinsam mit anderen ausgeführten freiwilligen Aktivitäten, die (...) das Ziel verfolgen, sich selbst oder anderen unentgeltlich materielle oder immaterielle Güter wie Geld, Pflege, Wohlbefinden, Unterhaltung oder soziale Kontakte zur Verfügung zu stellen“. Die Zielrichtung sozialer Partizipation liegt in „sozialer Integration und Unterstützung“. Im Rahmen der trinationalen Metropolregion Oberrhein gibt es eine Fülle von Projekten der sozialen Partizipation, jedoch bislang nur wenige der politischen Partizipation seitens der Zivilgesellschaft. Integrative und vertrauensbildende Effekte zeigen sich insbesondere dann, wenn aktive Teilhabe stattfinden kann und die „gemeinsamen Angelegenheiten“ mitdefiniert werden können.



Was sind also aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger die gemeinsamen Angelegenheiten der trinationalen Metropolregion?

Eine wichtige Quelle für Antworten hierzu sind z.B. die systematisch ausgewerteten Beratungsgespräche der Infobest-Stellen und sicherlich auch die Ergebnisse und Empfehlungen der bisher stattgefundenen Bürgerkongresse. Neben Themen des grenzüberschreitenden Berufs- und Alltagslebens werden auch Fragen nach der grenzüberschreitenden Funktionsweise am Oberrhein aufgeworfen und gezielte Vorschläge für grenzüberschreitende Partizipation eingebracht. Diese gilt es nun systematisch zu prüfen und zu beantworten.

Kommen wir zum zweiten Teil des Wortes: Partizipationskultur. Eine „Partizipationskultur“ schaffen zu wollen, bedeutet, eine neue politische Kultur ins Leben zu rufen. Für den Politologen Max Kaase war der Versuch, politische Kultur zu definieren, zwar so, als wolle man - Zitat - einen „Pudding an die Wand nageln“. Wir lassen uns dadurch aber nicht entmutigen: Denn für die Herausbildung einer grenzüberschreitenden Identität ist es natürlich zentral und grundlegend, sich mit den politischen Kulturen in der Schweiz, in Frankreich und in Deutschland auseinanderzusetzen. Eine politische Kultur ist eine Art „objektiver Rahmen“, der für politisch Aktive einen Sinn- und Bedeutungszusammenhang darstellt, der im Alltag regelt, was und wie man innerhalb einer sozialen Gemeinschaft „korrekt“, „angemessen“, „fair“ politisch handelt, politisch redet und politisch denkt, was als legitime, als gute Entscheidung gilt.

Eine trinationale Partizipationskultur zu schaffen, ist deshalb nichts weniger als der Aufruf zu grenzüberschreitender Reflexion darüber, welche Arten von Kooperation, von Abstimmungsmodi und Entscheidungsfindung aus Sicht mindestens (!) dreier politischer Kulturen als „korrekt“, „fair“ und „angemessen“ empfunden werden können. Hier gibt es große Unterschiede in der Gestaltung nationaler Politik: Kompromiss und Konsens gelten in der Schweiz als zentrales, positives Moment demokratischen Funktionierens, während z.B. in der Wettbewerbs- und Verhandlungsdemokratie Deutschlands Kompromisse einen negativen Stellenwert genießen. Staatsorientierung und Staatsgläubigkeit sind in Frankreich und Deutschland verbreitet, mit einer immer noch stark zentralistischen Orientierung in Frankreich, einer föderalistischen Orientierung in Deutschland, wohingegen sich in der Schweiz Misstrauen gegenüber bundesstaatlicher Lösungskompetenz in sehr schlanken Strukturen zeigt. Auch Kommunikationsstile des Politischen sind wahrlich unterschiedlich. Ich möchte nur an den Versuch von Peer Steinbrück erinnern, im Steuerstreit zwischen der Schweiz und Deutschland sein Wissen über die Kavallerie in die Schweiz zu transportieren. Oder Françoise Dorison, interkulturelle Beraterin mit langjähriger Erfahrung in Deutschland, über die deutsch-französische Kommunikation: „Die Franzosen, die sich gern in Szene setzen, freuen sich, wenn man sie ganz offen lobt, etwa für ihre technischen Innovationen. Das kommt gut an. Aufpassen muss ein Franzose andererseits bei der historischen Wunde der Deutschen, die immer noch tief sitzt. Das Ausmaß der Verletzlichkeit ahnen die meisten nicht im Geringsten.“ Es kann demzufolge im Rahmen einer Partizipationskultur nicht nur darum gehen, mit der Gießkanne ab und zu zusätzlich partizipative Elemente innerhalb der „Säule Zivilgesellschaft“ einzuführen und hier einen Runden Tisch, da eine Zukunftswerkstatt „mehr“ durchzuführen. Sondern es geht darum, eine gemeinsame, stetige und verankerte Beteiligungskultur und -struktur zu entwickeln.



Zwei Herausforderungen werden hier zu besonderen Chancen:

Erstens: In einer vergleichenden Studie aus dem Jahr 2010 gehören die Schweiz, Frankreich und Deutschland zu den stabilsten Demokratien Europas. Dabei zählt die Schweiz zu den „High Trust Societies“ mit einem hohen Vertrauen in Politikerinnen und Politiker, Parlament und Rechtsstaat. Frankreich und Deutschland hingegen weisen schlechtere Werte in all diesen Bereichen auf. Lediglich das Vertrauen in den Rechtsstaat ist in Deutschland besser als in Frankreich. Zufriedenheit und Unterstützung von Demokratie sind in der Schweiz noch am höchsten, während Deutschland vor Frankreich rangiert. In allen Ländern, selbst in der Schweiz, hat in den vergangenen Jahren jedoch unter Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl abgenommen, politische Prozesse beeinflussen zu können und die Komplexität an politischen Zuständigkeiten und Prozessen zu durchschauen. Die mit länderspezifischen Unterschieden in allen Systemen festzustellende Politikverdrossenheit äußert sich jedoch gleichzeitig in einem Bedürfnis nach mehr direkter Beteiligung, wenn auch in unterschiedlichen Formen und in unterschiedlichem Ausmaß. Die flächendeckende Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in Deutschland oder die Gründung des Netzwerks Attac – l' Association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens – in Frankreich sind nur zwei Beispiele. Hier könnte die schweizerische Vernehmlassungskultur mit ihrer breiten Einbindung von Interessengruppen, aber auch einzelnen Bürgerinnen und Bürgern in Gesetzgebungsverfahren ein mögliches Vorbild für die Gestaltung einer trinationalen Partizipationskultur sein.

Zweitens: Das europäische Projekt ist derzeit mehr denn je von der Betonung nationaler Identitäten geprägt, vielleicht sogar bedroht. Das Fehlen einer europäischen Zivilgesellschaft, die das europäische Projekt mitträgt, zeigt sich derzeit besonders deutlich. Die Gründe für die geringe Akzeptanz des europäischen Projekts könnten auch ein kritisches Analyseraster für die trinationale Metropolregion sein: Diese liegen in einer geringen Kenntnis der Mitwirkungsmöglichkeiten; in der Intransparenz politischer Entscheidungswege und in einer tief empfundenen Ohnmacht und Sprachlosigkeit. Europa gilt unter Bürgerinnen und Bürgern als „Elite-Projekt“, die einen identitätsstiftenden Werte-Diskurs unter sich ausmacht.



2. Ich komme zu meinem zweiten Punkt: Welches ist das Potenzial der Zivilgesellschaft für eine trinationale Partizipationskultur?

Zwei unterschiedliche, sich jedoch ergänzende Verständnisse von Zivilgesellschaft sind hier wichtig zu betonen: Zivilgesellschaft ist zum einen ein gesellschaftlicher Bereich zwischen Staat, Markt und Privatsphäre, in dem sich Bürgerinnen und Bürger in verschiedenen Formen selbst organisieren. Diese Unabhängigkeit macht ihr besonderes Potenzial für das Gemeinwesen aus, in dieser Unabhängigkeit entfalten sich Themen und demokratische Positionen für individuelle Freiheit, politische Selbstbestimmung und die Forderung nach demokratischer Teilhabe. In zweiter, normativer Lesart ist Zivilgesellschaft auch eine bestimmte Qualität sozialen Handelns, das auf Werthaltungen wie Toleranz, Fairness und Gewaltlosigkeit beruht.

Zivilgesellschaft hat demnach vielfältige Funktionen für eine Partizipationskultur:

- Sie „entdeckt“ und bearbeitet gesellschaftliche Problemlagen
- Sie trägt bei zum Agenda-Setting – wenn man sie lässt
- Sie trägt bei zur Herausbildung demokratischer Werte (Verantwortung, Solidarität, Vertrauen) und Kompetenzen (Bildung und Artikulierung von Meinungen, Kooperation, Organisationsfähigkeiten).

Daraus erwachsen an dieser Stelle mindestens zwei Fragen:

Wie können also Themen und Aktivitäten der unabhängigen Zivilgesellschaft noch stärker für das Agenda-Setting einer grenzüberschreitenden, politischen Metropolregion genutzt werden?

Die begonnene Ansprache der Zivilgesellschaft in der REGIO BASILIENSIS könnte ein Vorbild für die trinationale Metropolregion sein.

Und: An wen wendet sich eine politisch und grenzüberschreitend ambitionierte Zivilgesellschaft mit ihren Anliegen, die sie in den politischen Prozess einbringen will?

Hier wäre ein Nachdenken über eine Reform des Oberrheinrats angebracht.

All diese Fragen müssen vor dem Hintergrund einer trinationalen unterschiedlichen Zivilgesellschaft beantwortet werden: Dazu gehört auch das freiwillige Engagement als zentraler Ausdrucksform der Zivilgesellschaft. Die Kenntnis länderspezifischer Unterschiede hinsichtlich Engagement und Partizipation jenseits der Institutionenlandschaft, die den beiden genannten Verständnissen von Zivilgesellschaft entsprechen, ist deshalb Voraussetzung für die Bildung einer trinationalen Zivilgesellschaft. In allen drei Ländern existiert freiwilliges Engagement und beinhaltet traditionelle und neue Formen, formelle und informelle. Die „Erfassung“ von Engagement ist unterschiedlich und beeinflusst auch die Praxis. Ich verzichte hier bewusst auf das Nennen von Zahlen, denn die unterschiedlichen Begriffe symbolisieren unterschiedliche Konzepte dessen, was Engagement im Rahmen der eigenen politischen Kultur sein soll: „Volontariat“ in Frankreich bezieht sich meist auf Freiwilligendienste, die es in Frankreich, im Gegensatz zu Deutschland, erst seit ca. 2005 gibt. In Deutschland haben diese seit den 60er Jahren eine stetig



wachsende Tradition, mit durchaus problematischen Folgen. Freiwilligendienste in Deutschland und Frankreich werden, gemäß der staatlichen Tradition, durch Ministerien auf der Bundesebene verantwortet, gesetzliche Regelungen sind existent. In Frankreich existiert hierfür das Ministerium für „Jugend und Solidarität“. Den französischen Begriff „Bénévolat“ kann man als „Ehrenamt“ verstehen, das an Organisationen gebunden ist. In der Schweiz sind Ehrenämter zusätzlich ausschließlich Wahlämter im Rahmen von Organisationen. Als wichtigste Ausdrucksform des Engagements stehen in Frankreich vor allem Vereine im Zentrum des Interesses, die auch in Deutschland und der Schweiz wichtig sind. Jedoch haben gerade in den letzten Jahren andere, weniger formalisierte Formen Aufmerksamkeit erfahren: Das Engagement außerhalb von Organisationen, das sogenannte „informelle Engagement“, spielt zum Beispiel in der Schweiz eine große Rolle, es wird als eigenständige Form des Engagements in nationalen Umfragen erfasst. Es fußt auf dem grundsätzlichen Verständnis, dass der Beitrag des autonomen Einzelnen stets ein freiwilliges Angebot für die Erledigung gemeinwohlorientierter Aufgaben darstellt, dessen Formen umso vielfältiger sind und sein sollen. Die Gemeindeautonomie spielt hier eine große Rolle, ein liberales Staatsverständnis und ein dezidiert föderalistischer Staatsaufbau, bei dem die Kantone die wichtigste politische Ebene darstellen. Auf kantonaler Ebene existieren demnach auch einige Stellen, die den deutschen Freiwilligenagenturen entsprechen. Sie erhalten allerdings auch kaum staatliche Förderung. Eine politische Zuständigkeit eines Departements auf Bundesebene existiert nicht. Anders als in Deutschland, und wie bereits erwähnt in Frankreich: Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend steht in Deutschland in der Verantwortung, alle deutschen Bundesländer definieren Zuständigkeiten. In der Schweiz sind Kantone und Gemeinden die zentralen Einheiten sowie *citoyennes* und *citoyens*, die ihre Angelegenheiten direkt und unmittelbar selbst regeln. In Deutschland ist die Ausrichtung der Erwartungen an staatliche Stellen hingegen unübersehbar. Eine starke Freiwilligeninfrastruktur ermöglicht Vieles in Deutschland, sie lenkt aber auch. Und der Begriff „Bürgerschaftliches Engagement“, der gerade auch die politischen Formen des freiwilligen Engagements wie soziale Bewegungen oder Initiativen erfassen will, verwirrt in der Schweiz, verweist aber in Deutschland auf die starke Verquickung von Engagementfragen einerseits und dem Wunsch nach Teilhabe und Mitbestimmung andererseits. Der eher in der Schweiz gebräuchliche Begriff „Freiwilligenarbeit“ verweist hingegen auf das Anliegen, die Wertigkeit des Engagements der bezahlten Arbeit gleichzusetzen. In Frankreich hingegen liegt das Augenmerk auf den Vereinen, die staatlich gefördert werden, damit sie ihr soziales, aber auch ihr ökonomisches Potenzial weiter entfalten können.

So ist auch die politische Organisation der Zivilgesellschaft selbst in den Ländern unterschiedlich: Während sich der einzige Dachverband für freiwilliges Engagement in der Schweiz, das „Forum Freiwilligenarbeit“, 2011 aufgrund mangelnder Ressourcen und Unterstützung durch die Trägerverbände aufgelöst hat, besteht in Deutschland seit 2002 ein trisektorales Netzwerk „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“, das zum größten Teil staatlich finanziert ist, mit all den Spannungen, die mit dem Willen nach Unabhängigkeit in staatlicher Abhängigkeit verbunden sind. In Frankreich existiert mit der „Conférence Permanente des Coordinations Associatives“ (CPCA), ein bereits 1992 gegründeter Meta-Dachverband, der Dachverbände



der französischen Zivilgesellschaft zusammenschließt, um das ökonomische und soziale Potenzial der Zivilgesellschaft besser zu nutzen, aber auch, um gegenüber dem Staat eine bessere Verhandlungsposition einzunehmen. Die CPCA ist auch regional organisiert, eine wichtige Voraussetzung für Kooperationen in der trinationalen Partizipationskultur.

In Bezug auf die Stärkung der partizipativen Funktion der Zivilgesellschaft ist, wie bereits formuliert, eine Bewegung hin zu mehr direkter Partizipation auch in Deutschland und mehr Dezentralisation und kommunaler Demokratie in Frankreich sichtbar. Das französische Gesetz über die „Bürgernahe Demokratie“ aus dem Jahr 2002 stärkt insbesondere die kommunale Demokratie durch die Einrichtung von Quartiersbeiräten in Städten mit über 80.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. In Deutschland ist der Trend zu mehr direkter Demokratie unübersehbar, der u.a. die Vereinfachung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene mit sich brachte.

3. Welche Schlüsse zur Schaffung einer trinationalen Partizipationskultur lassen sich nun ziehen, welche Empfehlungen lassen sich generieren?

Zunächst zum Stellenwert der Zivilgesellschaft: Sie ist nicht nur eine von vier Säulen der trinationalen Metropolregion, sie ist gleichzeitig die Basis zur Herausbildung einer trinationalen Partizipationskultur. Vor diesem Hintergrund lohnt sich im Rahmen der anvisierten Aufarbeitung gemeinsamer Geschichte besonders die gemeinsame historische Aufarbeitung auch der zivilgesellschaftlichen wie demokratischen Traditionen. Auch gegenwartsbezogen muss eine Verständigung über die Identität und trinationale Themen der Region geführt werden. Eine solche Möglichkeit wäre die Einrichtung einer trinationalen Bildungsakademie. Mit der Vision einer mündigen europäischen Bürgerschaft würde diese Akademie ein Novum sein und einen Grundstein auch für Europa legen.

Die Diskussion um die Entwicklung der Metropolregion als Wissensregion und Wirtschaftsraum scheint strukturell und materiell weit fortgeschritten, hier herrschen vielfältige Kooperationen und Projekte. Zusätzlich ist zu fragen, welche Vorstellungen über eine „Wissensregion“ und einen „Wirtschaftsraum“ in der Zivilgesellschaft herrschen? Wie können diese in die Debatte der bestehenden Institutionen, Netzwerke und Projekte eingebracht werden?

Wenn wir an die Rolle der Zivilgesellschaft hinsichtlich der Mitgestaltung der Politik denken, sollte eine Verzahnung der Säulen Politik und Zivilgesellschaft angedacht werden. Wenn z.B. geplant ist, einen „Lieu d’Europe“ zu schaffen, der die Gründung eines „Europa-Ortes“ vorsieht, wäre dies eine wunderbare Möglichkeit, einen breit abgestützten Wertedialog mit den Bürgerinnen und Bürgern der trinationalen Metropolregion zu führen – dieser sollte in den Kommunen, auf lokaler Ebene stattfinden.

Grundlegend stellt sich die Frage nach Meinungsbildung und Entscheidungsfindung für und in der Metropolregion. Diese ist bislang durch Regierungskommission, Oberrheinkonferenz, Oberrheinrat, Eurodistrikte und Städtetnetze gewährleistet. Wie kann die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger in diesen Gremien verbessert werden? Eine direkt gewählte trinationale parla-



mentarische Vertretung, wie sie zum Beispiel die Regionalversammlung des Verbands der Region Stuttgart darstellt, könnte zu einer verbesserten Repräsentation der Bürgerinnen und Bürger beitragen. Dies kann in eine Weiterentwicklung des Oberrheinrats münden. Darüber hinaus sollten dialogische Verfahren der Bürgerbeteiligung in tri- oder auch in binationalen Angelegenheiten regelmäßig stattfinden (z.B. bei umstrittenen Großprojekten). Nach einem Verfahren der Beteiligung sollte jeweils begründet über die Verwendung der Ergebnisse informiert werden. Des Weiteren sind die Durchführung grenzüberschreitender Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zu prüfen. Zentral ist die Schaffung einer gemeinsamen Öffentlichkeit, die das Thematisieren der Trinationalen Metropolregion Oberrhein zum regelmäßigen Gegenstand hat. Hier ist die gezielte Ansprache und Fortbildung von Journalistinnen und Journalisten zentral. Von solchen, die sich für die Menschen in der Region interessieren, für ihre Geschichte und ihre Geschichten, nicht ausschließlich Hochglanzevents und „hohe Politik“ thematisieren. Die kommunale Ebene ist in allen drei Ländern ein unterschiedlich funktionierender, aber ein zentraler Ort für Zivilgesellschaft, Engagement und Partizipation. Ein regelmäßiger Austausch sollte deshalb stattfinden auf der Ebene der lokalen Autoritäten bzw. Mandatsträger, der Verantwortlichen für Bürgerengagement, der Bürgerinnen und Bürger, vor allem der Vereine.

Eine partizipative Metropolregion ist in ihrem besten Sinne die Gestaltung von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft unter der systematischen und regelmäßigen Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger. Wenn Bürgerinnen und Bürger einen ernsthaften Anteil erhalten an der Möglichkeit, Themen, Wünsche, Anliegen zu definieren oder zu bereits erarbeiteten Vorschlägen Stellung zu beziehen, sich auszutauschen, einzubringen und dann ernsthafte Möglichkeiten sehen, zu partizipieren, entstehen die so wichtigen „gemeinsamen Anliegen“, der öffentliche Raum, der nötig ist für WIR-Gefühl, Zugehörigkeit, Identität und letztlich Verantwortungsübernahme.

Erlauben Sie mir, mit einem Zitat des deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck zu enden: „Wir wollen nicht vergessen, dass unsere Demokratie nicht deshalb so lobenswert ist, weil sie so gute Produkte aus dem ökonomischen Bereich hervorbringt, sondern wir haben ein ganz anderes Produkt neu und überzeugend auf die politische Bühne gebracht. Und das ist der Bürger“. Und ich möchte hinzufügen: „und die Bürgerin. In Europa“.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. rer. pol. Jeannette Behringer
Fachstelle Gesellschaft & Ethik
Abteilung Bildung
Ev.-ref. Landeskirche
Hirschengraben 7
CH-8001 Zürich
Tel. +41 (0)44 258 91 82
E-Mail: jeannette.behringer@zh.ref.ch



Rückblick auf die Bürgerforen

Unter rheinland-pfälzischer Federführung wurden drei Bürgerforen organisiert und durchgeführt: am 16. Oktober 2010 in Straßburg, am 22. Januar 2011 in Karlsruhe und am 21. Mai 2011 in Basel. Rund 500 Menschen haben sich aktiv an den Bürgerforen beteiligt und ihre Ideen, Vorstellungen und Erwartungen an die Trinationale Metropolregion Oberrhein (TMO) formuliert. Neben gezielten Einladungen an Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz (z.B. Initiativen, Vereine, Verbände, Stiftungen und zivilgesellschaftliche Projekte) sind interessierte Bürgerinnen und Bürger in einem offenen Anmeldeverfahren (Anzeigen, Pressemitteilungen und öffentliche Aufrufe) eingeladen worden. In den Bürgerforen ging es um Erfahrungen und Kritik, Meinungen und Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger als Expertinnen und Experten in eigener Sache. Die Teilnehmenden warfen u.a. einen Blick auf die Metropolregion und ihre möglichen Ziele und Werte sowie einen potentiellen Nutzen im Alltag. Hier stand die Frage im Raum: Wofür steht diese Region, und welchen Nutzen habe ich als Bürgerin und Bürger davon? Weiterhin richteten sie ihren Blick auf die Zivilgesellschaft selbst, auf ihre Bedürfnisse, ihre möglichen Potentiale und ihre zukünftigen Aufgaben.

Zentrale Themen waren eine bessere Vernetzung der Bürgerinnen und Bürger beispielsweise durch den Wegfall von Sprachbarrieren, eine umfassendere Information durch die Medien, aber auch durch den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Mit Blick auf die Politik wurden eine intensivere Bürgerbeteiligung sowie eine enger kooperierende und effizienter arbeitende Verwaltung als Ziele definiert. In den Fokus gerückt wurden insbesondere die Rahmenbedingungen und Aktivitäten für zivilgesellschaftliches Engagement in der Grenzregion.

Deutlich wurde, dass es die TMO ohne ein klares Profil schwer haben wird, sich in der Wahrnehmung der Menschen am Oberrhein zu manifestieren. Bereits in den Bürgerforen wurde die Suche nach möglichen Leitvorstellungen mit viel Engagement betrieben: die TMO als eine innovative und vielfältige Region, die ihre besondere Lebensqualität mit einem ausbalancierten sozialen, ökologischen und technologischen Fortschrittsbegriff verbindet. Dabei gilt es, die Metropolregion aus bereits existierenden Strukturen heraus wachsen zu lassen und vorhandene Erfahrungswerte und Ressourcen zu nutzen. An der Aufgabe, die Idee der TMO mit qualitativen Inhalten zu füllen und ihr ein Gesicht zu geben, will sich die Zivilgesellschaft aktiv beteiligen. Daneben wünscht sie sich Orte und Anlässe zur Begegnung und Vernetzung. Besonders wichtig erscheint es, Kinder und Jugendliche in die Gestaltung der Zivilgesellschaft einzubeziehen, indem sie für die Thematik sensibilisiert und in ihrem Engagement gefördert werden. Generell braucht die Zivilgesellschaft am Oberrhein einen „Bottom-up“-Prozess, der durch die bestehenden Gruppierungen getragen wird und sich dann schrittweise weiterentwickelt.

Die Diskussionsergebnisse aus Straßburg, Karlsruhe und Basel lassen sich in fünf großen Themenfeldern bündeln: Sprache und Vernetzung, Politik und Verwaltung, Leben, Lernen und Arbeiten, Umwelt und Energie sowie Kultur und Identität.



Sprache und Vernetzung

Die Teilnehmenden empfinden die Mehrsprachigkeit als die größte Herausforderung in der Region. Das gegenseitige Interesse aneinander und der Wunsch nach Dialog und Austausch setzen eine Überwindung der Sprachbarrieren voraus, was durch eine frühe Sprachförderung und durch das Lernen der Sprache des Nachbarn erreicht werden soll.

Eine optimal vernetzte verkehrliche Infrastruktur ist eine weitere grundlegende Voraussetzung für eine gelebte Metropolregion. Hierfür ist der Ausbau des ÖPNV und der Schnellverbindungen zwischen allen größeren Städten am Oberrhein für die Teilnehmenden notwendig. Gemeinsame Fahrkartensysteme und ein Oberrhein-Ticket sind weitere Projektideen. Vernetzung setzt Information voraus. Die TMO selbst müsse in den Medien stärker präsent sein – etwa durch Berichte über trinationale Veranstaltungen.

Politik und Verwaltung

Die Metropolregion soll sich durch eine eng kooperierende, effizient und transparent arbeitende Verwaltung auszeichnen, in der Bürgerbeteiligung ein fester und ernst genommener Bestandteil ist. Die bereits bestehenden Institutionen und Organisationen im Grenzraum werden von den Teilnehmenden vielfach als unübersichtlich empfunden. Der Wunsch nach einem Abbau bürokratischer und fiskalischer Hürden zieht sich als Grundtenor durch alle Bürgerforen, weil nur auf diese Weise das Zusammenleben und Zusammenwirken über Grenzen hinweg weiterentwickelt und erleichtert werden kann. Die Metropolregion soll nach Ansicht der Bürgerinnen und Bürger mit realen politischen Kompetenzen ausgestattet werden, damit sie als wirksame grenzüberschreitende europäische Region ernst genommen werden kann. Grenzüberschreitende Mitsprache ist den Teilnehmenden besonders bei größeren Infrastruktur- und Bauprojekten sowie der Regionalplanung wichtig.

Leben, Lernen und Arbeiten

In den Bereichen Bildung und Arbeiten wünschen sich die Teilnehmenden einheitliche Schul- und Ausbildungssysteme mit trinationalen Ausbildungsgängen, wechselseitig anerkannten Abschlüssen sowie grenzüberschreitende und interkulturelle Fortbildungen.



Neben einem integrierten Arbeitsmarkt, auf dem jeder ohne Nachteile zum „Grenzgänger“ werden kann, wird eine grenzüberschreitende Vernetzung des Gesundheits- und Sozialwesens gefordert. Als Schritte auf diesem Weg werden ein regionaler Bildungsatlas, grundsätzliche Zweisprachigkeit von Schulbüchern und vereinfachte Bedingungen für Praktika im Nachbarland gesehen. Die Einrichtung grenzüberschreitender Internetportale wird zur Kooperation und finanziellen Unterstützung in diesen Bereichen als hilfreich erachtet.

Umwelt und Energie

Vielfach wird der Wunsch nach einer grenzüberschreitenden ökologischen Energiewende geäußert. Die hohe Lebensqualität am Oberrhein gilt es durch gemeinsame Anstrengungen in den Bereichen des Umweltschutzes, dem Erhalt der Biodiversität sowie der Kultur- und landwirtschaftlichen Flächen zu schützen und auszubauen. Grundlage hierfür sind u.a. grenzüberschreitende Landesentwicklungsprogramme und Planungskonzepte. Gewünscht werden auch einheitliche Umweltstandards in Boden- und Gewässerschutz sowie in naturverträglicher Bauweise. Generell sind für die Bürgerinnen und Bürger nachhaltiges Handeln in sozialen, ökonomischen und ökologischen Fragen und eine umsichtige, innovative Industrieentwicklung von großer Bedeutung.

Kultur und Identität

Die Umsetzung grenzüberschreitender Projekte kann zur Stärkung der regionalen Identität und zur Profilbildung beitragen. Die TMO am Oberrhein mit Leben zu füllen, kann aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger gelingen, wenn sich die Region durch klare Werte und definierte Qualitäten auszeichnet und diese zur Identitätsbildung nutzt.

Die Teilnehmenden schlagen ein gemeinsames Marketing der TMO vor. Ein TMO-Aufkleber, eine gemeinsame Website, eine gemeinsame Symbolfigur, eine grenzüberschreitende TMO-Briefmarke und die Ausrichtung größerer trinationaler Veranstaltungen sind wünschenswert. Ein neuer und ansprechender Name als die formale Bezeichnung TMO sowie ein gemeinsames Logo können hierzu beitragen. Grenzüberschreitende Kulturveranstaltungen, die den Rhein nicht als Grenze, sondern als verbindenden Fluss einbeziehen, sollen regelmäßig stattfinden und Anlass für Begegnung bieten. Denkbar wären für die Bürgerinnen und Bürger ein Oberrhein-Tag, eine Triennale, ein TMO-Kulturschiff, ein mehrwöchiges Kulturfestival, ein Kulturpreis oder eine gemeinsame Weinkönigin. Solche Projekte machen die TMO auch als touristische Region stärker sichtbar.

Den Bürgerinnen und Bürgern ist vor allem eines äußerst wichtig: die Identifikation mit einer Region, deren „Grenzenlosigkeit“ in allen Bereichen selbstverständlich ist und unkompliziert gelebt werden kann.

Die Landkarte der Trinationalen Metropolregion Oberrhein

Die zentralen Botschaften der Teilnehmenden wurden zum Abschluss eines jeden Bürgerforums auf der „Landkarte der Trinationalen Metropolregion“ und in Form einer Synopse festgehalten.





Bericht aus den Expertenhearings

In den drei Bürgerforen in Straßburg, Karlsruhe und Basel haben Bürgerinnen und Bürger eine Vielzahl an Ideen, Vorschlägen und Erwartungen an die Trinationale Metropolregion Oberrhein (TMO) formuliert. Im Vorfeld des Dreiländerkongresses erschien es deshalb notwendig, gemeinsam mit Expertinnen und Experten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit die Umsetzbarkeit dieser Ideen eingehend zu bewerten und konkrete Projektideen zu entwickeln. Aus diesem Grund wurden drei Expertenhearings organisiert.

Das erste Hearing zum Thema „Bildungs- und Arbeitswelt“ fand am 16. April 2012 in Neustadt an der Weinstraße statt. Die Teilnehmenden befassten sich mit den Themen Mobilität und Infrastruktur, Sprache, Vernetzung und Medien sowie Lernen und Arbeiten. Beim zweiten Hearing zum Thema „Lebenswelt“, das am 25. April 2012 in Jockgrim ausgerichtet wurde, standen folgende Arbeitsschwerpunkte im Mittelpunkt: Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit, Gesundheit, Kultur und Tourismus sowie Sport und Vereine. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Bürgerforen, einer Übersicht ausgewählter, bereits realisierter Projekte am Oberrhein und einer gemeinsamen Arbeitsdefinition des Begriffs „Zivilgesellschaft“ prüften die Expertinnen und Experten, welche der von den Bürgerinnen und Bürgern vorgeschlagenen Projekte sich in welchem Zeitraum und zu welchen Rahmenbedingungen umsetzen lassen.

Das dritte Bürgerforum zum Thema „Bürgerwelt: Zivilgesellschaft und Politik“ fand am 4. Mai 2012 in Jockgrim statt. Eingeladen waren Akteurinnen und Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bzw. des bürgerschaftlichen Engagements. Nach einem Impulsreferat über das Verständnis der unterschiedlichen Partizipationskulturen in den drei Ländern Deutschland, Frankreich und der Schweiz wurden Fragen und Vorschläge zu Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Bürgerbeteiligung und zu Vernetzungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft diskutiert. Ziel dieses Hearings war es, konkrete Anstöße für die Weiterentwicklung der Säule Zivilgesellschaft zu geben.

In den drei Hearings ist es den Teilnehmenden gelungen, insgesamt elf Starterprojekte zu entwickeln. Es handelt sich hierbei um Projekte, die in kurzer Zeit auf den Weg gebracht werden sollen. Zu jedem Projekt wurde ein konkreter Steckbrief erstellt und ein verantwortlicher „Kümmerer“ benannt, der die Umsetzung federführend vorantreiben soll.



Steckbriefe Starterprojekte

Trinationale elektronische Fahrplanauskunft

Die grenzüberschreitende elektronische Fahrplanauskunft muss schnell und erheblich verbessert werden, damit die Bürgerinnen und Bürger am Oberrhein die Möglichkeit haben, die Fahrpläne einzusehen und im gesamten Gebiet grenzüberschreitende ÖPNV-Routen zu berechnen.

Projektpate: Herr Wolfgang Schröder
Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH
Elektronische Fahrplanauskunft
Wilhelmsplatz 11
70182 Stuttgart
Tel. +49 (0)711 23991-209
E-mail: Schroeder@nvbw.de

Grenzüberschreitender öffentlicher Personennahverkehr

Es sollen Anstusstickets zu bestehenden Tarifangeboten geschaffen und die Verkaufsmodalitäten zu vorhandenen grenzüberschreitenden Angeboten verbessert werden. Ziel ist, den Verkauf von Fahrkarten für grenzüberschreitende Verbindungen zu ermöglichen. Davon können beispielsweise Studierende profitieren.

Projektpate: Expertenausschuss Öffentlicher Personennahverkehr
Gemeinsames Sekretariat der Deutsch-Französisch-Schweizerischen
Oberrheinkonferenz
Rehfußplatz 11
77694 Kehl
Tel. +49 (0)7851 9349-0
E-mail: info@oberrheinkonferenz.org

Aufruf für grenzüberschreitende Projekte

In den unterschiedlichen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen (z.B. Kindertagesstätten, Grundschulen, weiterführenden Schulen) soll zu grenzüberschreitenden Austauschprojekten aufgerufen werden. Mögliche Projektthemen sind der Künstler Tomi Ungerer oder ein Poetry-Slam. Angestrebt wird eine gemeinsame Projektarbeit. Die Ergebnisse sollen in einer gemeinsamen Abschlussveranstaltung vorgestellt werden.

Projektpate: Herr Dominique Drouard
Académie de Strasbourg
6, Rue de la Toussaint
67000 Strasbourg
Tel. +33 (0)388233437
E-mail: dominique.drouard@ac-strasbourg.fr



Ausbau der TMO-Webseite

Die Webseite der Trinationalen Metropolregion Oberrhein (www.rmtmo.eu) soll kontinuierlich zu einer Informationsplattform und zu einem Portal für den Oberrhein ausgebaut werden. Ziel ist, bürgernahe und aktuelle Informationen gebündelt zur Verfügung zu stellen.

Projektpaten: Koordinatoren der TMO
Trinationale Metropolregion Oberrhein
Villa Rehfus, Rehfusplatz 11
77694 Kehl
Tel. +49 (0)7851 934960
E-mail: metropolregion@oberrheinkonferenz.org

Trinationale Messe zum Thema Aus- und Weiterbildung in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik

Am Oberrhein soll eine trinationale Messe zum Thema „Aus- und Weiterbildung in der Trinationalen Metropolregion Oberrhein“ an verschiedenen Standorten stattfinden. Der Auftakt ist 2014 in der Schweiz geplant. Ziel ist, Jugendliche für naturwissenschaftliche und technische Berufe zu interessieren und verschiedene Berufsorientierungsinitiativen zusammenzubringen.

Projektpate: Herr Henri Gassler
Endress+Hauser Flowtec AG
Kägenstraße 7
4143 Reinach BL
Tel. +41 (0)61 7156650
E-mail: henri.gassler@flowtec.endress.com

Grenzüberschreitende Direktvermarktungskarte

Direktvermarktungsbetriebe sollen die Möglichkeit erhalten, sich ab Mitte 2013 im Internet in Form einer zweisprachigen, interaktiven Karte zu präsentieren. Auf diese Weise sollen insbesondere der Bekanntheitsgrad regionaler Landwirtschaftsprodukte erhöht und deren Vermarktung im Sinne einer verstärkten nachhaltigen und ökologisch regionalen Wertschöpfung verbessert werden.

Projektpate: Arbeitsgruppe Landwirtschaft
Gemeinsames Sekretariat der Deutsch-Französisch-Schweizerischen
Oberrheinkonferenz
Rehfusplatz 11
77694 Kehl
Tel. +49 (0)7851 9349-0
E-mail: info@oberrheinkonferenz.org



Informationsplattform zu den Themen Gesundheit und Gesundheitsvorsorge

Mitte 2013 soll eine Informationsplattform der AG Gesundheitspolitik der Oberrheinkonferenz zum Thema Gesundheit und Gesundheitsvorsorge online gestellt werden. Ziel ist eine bessere Transparenz grenzüberschreitender Gesundheitsdienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger z.B. beim Thema Kostenrückerstattung. Parallel sollen Flyer und Broschüren verteilt sowie Informationsveranstaltungen durchgeführt werden.

Projektpate: Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik
Gemeinsames Sekretariat der Deutsch-Französisch-Schweizerischen
Oberrheinkonferenz
Rehfusplatz 11
77694 Kehl
Tel. +49 (0)7851 9349-0
E-mail: info@oberrheinkonferenz.org

Oberrhein Rallye: METROPOLY „Interkulturallyetät“

Eine Rallye soll über verschiedene Stationen durch das Gebiet der Trinationalen Metropolregion Oberrhein führen. Durch Raumerlebnis und durch Begegnungen lernen (nicht nur) Jugendliche die Kultur und Sprache der drei Länder kennen.

Projektpatin: Frau Barbara Dobuszewski
Michael-Friedrich-Wild-Grundschule
Goethestraße 22
79379 Müllheim
Tel. +49 (0)7631 17995710
E-mail: MFWGS01@muellheim.de

Ausweitung der interaktiven Sportkarte der Oberrheinkonferenz zu einem Oberrhein-Wiki

Die bereits existierende Sportkarte der Oberrheinkonferenz soll schrittweise zu einem Oberrhein-Wiki für verschiedene Themen weiterentwickelt werden.

Projektpate: Arbeitsgruppe Sport
Gemeinsames Sekretariat der Deutsch-Französisch-Schweizerischen
Oberrheinkonferenz
Rehfusplatz 11
77694 Kehl
Tel. +49 (0)7851 9349-0
E-mail: info@oberrheinkonferenz.org



Oberrheinisches Netzwerk für bürgerschaftliches Engagement

Bereits bestehende Strukturen und Fachstellen für bürgerschaftliches Engagement in der Trinationalen Metropolregion Oberrhein sollen grenzüberschreitend vernetzt werden – mit dem Ziel, Rahmenbedingungen und infrastrukturelle Voraussetzungen zur Förderung grenzüberschreitenden bürgerschaftlichen Engagements zu schaffen bzw. zu verbessern. Dies betrifft Dienstleistungen wie Vereinsdatenbanken, Fortbildungen für ehrenamtlich Tätige, Engagement- und Kompetenznachweise, Versicherungsschutz etc. Das Netzwerk soll weiterhin Vorschläge entwickeln, um die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern zu verbessern und die Beratungsleistungen zu intensivieren.

Projektpatin: Frau Dr. Johanna Becker
Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz
Tel. +49 (0)6131 16-4247
E-mail: johanna.becker@stk.rlp.de

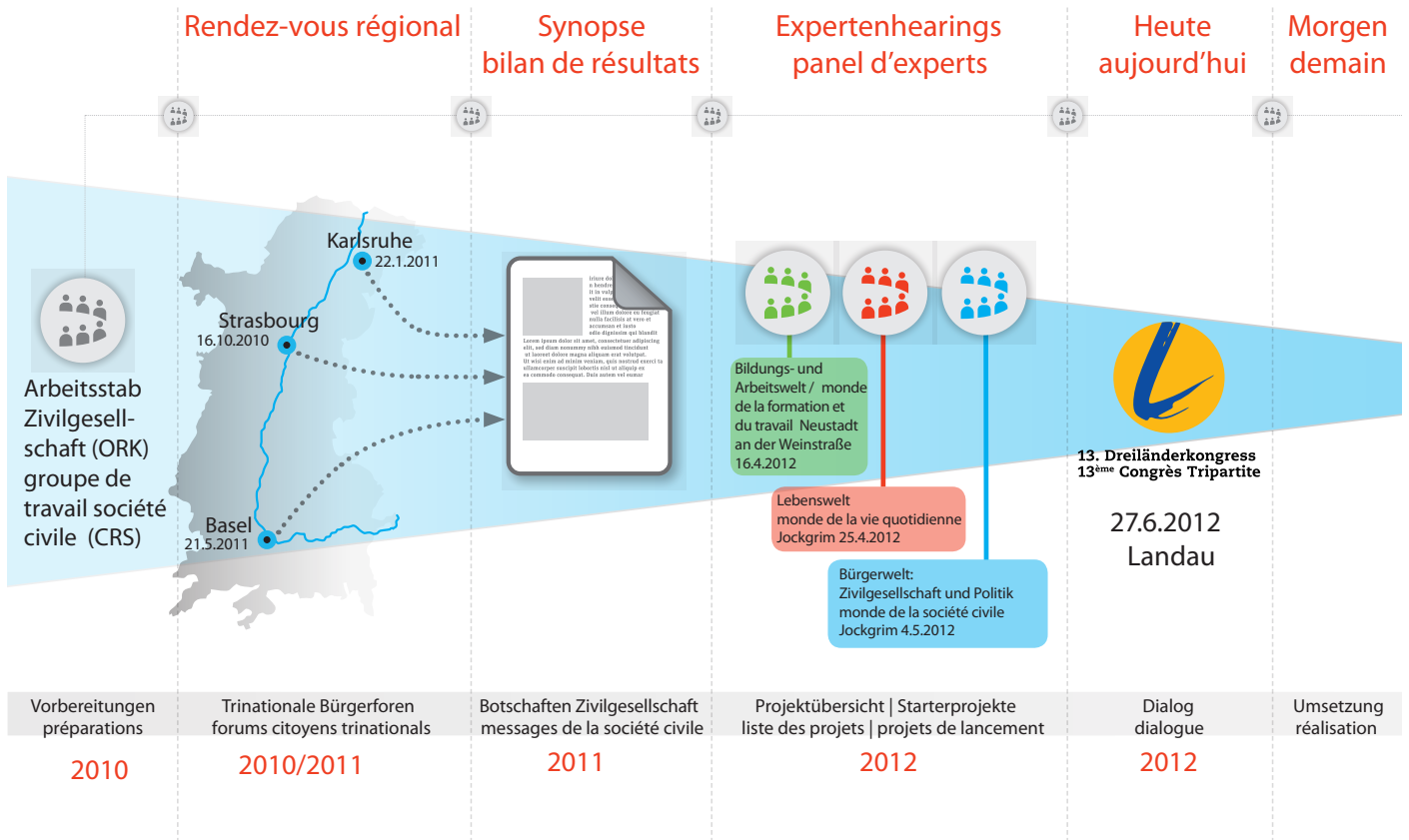
Bürgeranlaufstellen: Bekanntmachen und Ausbau der vorhandenen Angebote

Den Bürgerinnen und Bürgern der Trinationalen Metropolregion Oberrhein sollen die bestehenden Einrichtungen wie INFOBESTen und Eurodistrikte mit ihrer Bürgerlotsen-Funktion noch besser vermittelt werden. Die genannten Einrichtungen sind primärer grenzüberschreitender Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger auf der lokalen Ebene und geeignet, Ideen bzw. Initiativen für grenzüberschreitendes bürgerschaftliches Engagement aufzunehmen und zu unterstützen. Eventuelle Ausbaubedarfe sind auf teilräumlicher Ebene zu prüfen.

Projektpate: INFOBESTen und Eurodistrikte am Oberrhein
www.infobest.eu



Zeittafel des Bürgerdialogs



Bürgerdialog in der Trinationalen Metropolregion Oberrhein (TMO) | Dialogue de citoyens dans la Région Métropolitaine Trinationale (RMT)



Gesprächsrunde mit Teilnehmenden der Bürgerforen

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Norbert Möllers, Europa-Union Karlsruhe

Rosemarie Blott, arbeitet im Bereich bürgerschaftliches Engagement

Balder Wentzel, Grenzüberschreitende Jugendarbeit Laufenburg

Christiane Steinmetz, Bürgerstiftung Pfalz

Die drei Bürgerforen werden insgesamt als positiv bewertet, wobei das Bürgerforum in Karlsruhe aufgrund der großen Teilnahme zivilgesellschaftlicher Vertreterinnen und Vertreter sowie aufgrund der lebendigen und ergebnisreichen Diskussion besonders hervorgehoben wird. Die Gesprächspartner betonen, dass trotz der spürbaren unterschiedlichen Hintergründe und Erfahrungen der Teilnehmenden aus den drei Ländern der gemeinsame Wille, sich über die Grenzen hinweg näherzukommen und etwas zu bewegen, deutlich erkennbar ist. Als Grenze wird der Rhein identifiziert – er verbindet nicht nur, er trennt auch. Der Bau von Brücken könne hier Abhilfe schaffen – auch in den Köpfen der Menschen. Die Gesprächspartner fordern, die Europäische Union in die Pflicht zu nehmen, da einige Probleme auch in anderen europäischen Grenzregionen anzutreffen sind. Als ein weiterer Ansatz, die Grenzen zu überwinden, wird die praktische Umsetzung konkreter Projekte gesehen. Besonderes Augenmerk sollte hierbei auf die Jugend gelegt werden. Die Schaffung einer trinationalen Fachstelle für Jugendfragen, in der Informationen (Ansprechpartner, Projektpartner) gebündelt und abgerufen werden können, wird als hilfreich angesehen. Eine trinationale Bürgerstiftung könnte ein spannendes Instrument zur „echten Beteiligung“ der Bürgerinnen und Bürger sein. Hier bringen sich die Bürgerinnen und Bürger zu unterschiedlichen Themen transparent und ergebnisoffen ein. Voraussetzung für das erfolgreiche Arbeiten einer solchen Stiftung ist Vertrauen. Die Hürden können nur über Beziehungen und Menschen, Geschichten und persönliche Betroffenheit überwunden werden. Alle Seiten müssen hieraus ihren Nutzen ziehen können, dieser Prozess muss von „unten“ kommen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Gesprächsrunde betonen die Wichtigkeit, diesen Dialog über die Bürgerforen hinaus fortzuführen.



Gesprächsrunde mit Teilnehmenden der Expertenhearings

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Birger Hartnuss, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Agnès Carapito, Generalrat Bas-Rhin

Barbara Dobuszewski, Michael-Friedrich-Wild-Grundschule Müllheim

Wolfgang Schröder, Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH

Ebenso wie bei den Bürgerforen wurde auch mit der Ausrichtung der drei trinationalen Expertenhearings Neuland betreten. Die Schwierigkeit für die Expertinnen und Experten bestand darin, sich bei der Suche nach Umsetzungsmöglichkeiten konkreter Projekte auf die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger zu beschränken und eigene Bestrebungen hintenan zu stellen. Neben bereits bekannten Themen wurden die Teilnehmenden der Hearings auch mit neuen Ideen konfrontiert, wie dem Wunsch nach einem „Gefäß“, in dem sich die Zivilgesellschaft beteiligen kann. Als konkrete Projekte haben die Expertinnen und Experten beispielsweise im Bereich Verkehr die „Trinationale elektronische Fahrplanauskunft“ sowie im Bereich Kultur die „Interkulturalität – Metropoly“ herausgefiltert (eine genaue Projektbeschreibung kann der Liste mit den Starterprojekten entnommen werden). Eine große Herausforderung besteht darin, den Dialog mit der Zivilgesellschaft fest in der Trinationalen Metropolregion zu verankern. Die Bürgerinnen und Bürger wurden am Prozess, Ideen hierfür zu entwickeln, beteiligt. Hierbei kristallisierte sich ihre Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und mitzubestimmen, heraus. In einem Netzwerk sollen zukünftig bereits bestehende Institutionen und Fachstellen für bürgerschaftliches Engagement grenzüberschreitend zusammenarbeiten. Ein Ziel des Netzwerks ist, den begonnenen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern fortzuführen.



Gesprächsrunde mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Wirtschaft und der Wissenschaft

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Prof. Jean-Alain Héraud, Universität Straßburg

Manuel Rauch, Student an der Ecole de Management de Strasbourg

Richard Schmitz, 1. Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe

Henry Uhring, Präsident UECC

Helmut Hersberger, Präsident Oberrheinrat

Aus den Ergebnissen der Bürgerforen leiten die Vertreterinnen und Vertreter der Säule Wissenschaft die Notwendigkeit ab, sich zukünftig stärker in die Trinationale Metropolregion einzubringen. In Bezug auf die Zivilgesellschaft wird die Wiederherstellung einer gemeinsamen Identität als Herausforderung gesehen, wobei Kultur und Wissenschaft einen Beitrag leisten können. In der Säule Wissenschaft liegt ein großes Potential, aber das Paradoxon dieser Säule besteht darin, dass der Austausch zwischen den drei Ländern oftmals in englischer Sprache erfolgt. Die Regelung des Sprachenproblems wird auch von Vertretern der Säule Wirtschaft als dringende Aufgabe benannt. Zweisprachigkeit deutsch-französisch müsse massiv unterstützt werden. Die Wirtschaft bezeichnet sich selbst als den stärksten Teil des Gebäudes der TMO. Es wird darauf hingewiesen, dass viele gute Ideen existieren, dass die Landesgrenzen aber immer noch Hürden bezüglich der Umsetzung darstellen. Gebraucht werden Zuversicht, Begeisterung, aber auch Geld. Ein großes Anliegen der Wirtschaft ist es, die grenzüberschreitende Ausbildung auszubauen. Hierzu muss die Bereitschaft der Unternehmen, grenzüberschreitend auszubilden, geweckt werden sowie die Jugend zur Nutzung solcher Angebote motiviert und ermutigt werden. Die ökonomischen Vorteile und der trinationale Arbeitsmarkt der TMO halten sowohl für Studierende als auch für Auszubildende einen enormen Mehrwert bereit. Aus Sicht der Wirtschaft bedarf es starker Persönlichkeiten, die eine Art Leuchtturmfunktion übernehmen. Aus Sicht der Wissenschaft muss exzellente Forschung betrieben und die Beziehungen der Universitäten untereinander müssen verbessert werden. Multikulturalität sowie Mehrsprachigkeit sollen als herausragende Charakteristika die Bedeutung der TMO hervorheben.



Gesprächsrunde mit Politikerinnen und Politikern

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Kurt Beck, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz

Jean-Marie Belliard, Regionalrat im Conseil Régional d'Alsace

Pierre Bertrand, Vizepräsident des Generalrats Bas-Rhin

Charles Buttner, Präsident des Generalrats Haut-Rhin

Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Baden-Württemberg

Bärbel Schäfer, Regierungspräsidentin Freiburg, Präsidentin der Oberrheinkonferenz

Urs Wüthrich-Pelloli, Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft

Aus Sicht der politischen Vertreterinnen und Vertreter ist für die zukünftige Entwicklung der TMO entscheidend, sie als eine Region zu sehen – es zählt die Region, nicht die Nationalstaaten. Dies gilt sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht. Die trinationale Governance stellt hierbei eine große Herausforderung dar, deren Umsetzung im Hinblick auf die unterschiedlichen politischen Entscheidungsprozesse in den verschiedenen Regionen viel Geduld erfordert. Als verbindendes Element zwischen den Partnern in der TMO wird die gemeinsame Geschichte der Menschen am Oberrhein gesehen. Die Sprache ist die Basis. Zum Erlernen der Nachbarnsprache bieten alle Partnerregionen bereits in Kindergärten und Schulen zahlreiche Angebote an. Um dem Ziel des Einbezugs der Zivilgesellschaft näherzukommen, braucht man eine Vision; aber auch die Regelung alltäglicher Dinge wird als notwendig erachtet.

Bezüglich der Frage nach trinationaler Bürgerbeteiligung wird darauf hingewiesen, dass es grenzüberschreitende Bürgerbeteiligung bereits gibt (z.B. im Bereich Endlagerproblematik). Allein die sprachliche Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger reicht zum Ausbau der Bürgerbeteiligung nicht aus, die „Attraktivität der Begegnung“ muss deutlich gemacht werden. Die drei Bürgerforen waren eine gute Idee, um die Wünsche und Interessen der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen. Die Politik sieht sich in der Verantwortung, für Kontinuität zu sorgen und den Bürgerinnen und Bürgern solche Plattformen zu bieten. Die Politik ist allerdings nicht in der Verantwortung, dass sich die Bürgerinnen und Bürger einbringen: „Betroffenheit kann nicht verordnet werden“. Der Ausbau der Bürgerbeteiligung kann nur in einem Prozess erfolgen. Wichtig sei, dass die Politikerinnen und Politiker in nahem Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern stehen. Diese müssen rechtzeitig und transparent in Entscheidungen wie beispielsweise über Infrastrukturprojekte einbezogen werden. Viel mehr als am Ende „ja“ oder „nein“ sagen zu können, wirkt das Beteiligtwerden am gemeinsamen Überlegen. Ein Gesprächspartner schlägt die Möglichkeit vor, „Absichtsbürgerbeteiligungen“ auf den Weg zu bringen: Wenn eine Absicht verfolgt wird, müssten die Bürgerinnen und Bürger darüber informiert werden und am Ende des Prozesses stimmen diese ab. Auch die Einführung plebiszitärer Elemente scheint denkbar. Den Bürgerinnen und Bürgern muss in diesem Prozess bewusst sein, dass viele Rechte auch viel Verantwortung bedeuten.



„Gemeinsam handeln und gestalten“

Ein Ausblick von Bärbel Schäfer,
Regierungspräsidentin Freiburg



Hinter dem Konzept der Trinationalen Metropolregion Oberrhein steckt die Idee, dass sich grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht weiter in strikt voneinander getrennten Bereichen abspielen soll, sondern dass die wichtigsten Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft koordiniert zusammenwirken. Staatsverträge und Notenwechsel alleine können einer Region über die Ländergrenzen hinweg kein Gesicht und kein Gefühl der Gemeinsamkeit geben. Deshalb ist die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger unerlässlich.

Unsere erklärte Absicht, Kritik und neue Ideen der Menschen am Oberrhein aufzunehmen bzw. zu realisieren, haben wir mit den erfolgreich durchgeführten Bürgerforen umgesetzt.

Eine französische Bürgerin, die beim abschließenden 13. Dreiländerkongress in Landau auf dem Podium ihre Eindrücke schilderte, äußerte unter großem Beifall den Wunsch, Gespräche mit den politisch Verantwortlichen auch in Zukunft führen zu können. Darüber habe ich mich sehr gefreut und spontan angeboten, den Bürgerdialog im Juni 2013 im Rahmen einer Veranstaltung, die im Auftrag der drei Länder im Regierungspräsidium Freiburg stattfinden wird, fortzuführen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Säule Politik, aber auch die Sprecherinnen und Sprecher der Wirtschaft und der Wissenschaft sind dazu gerne bereit.

Ziel ist es nicht, neue Strukturen zu schaffen, sondern zeitgemäße Formen grenzüberschreitender Kooperation und Vernetzung zu entwickeln und unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen und Akteure mit Leben zu erfüllen. Nun gilt es, die Bürgerinnen und Bürger aktiv einzubinden, über wichtige Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu informieren und diese gemeinsam mit ihnen konstruktiv voranzutreiben.

Woran es auch auf gesamteuropäischer Ebene lange Zeit gemangelt hat, soll bei der weiteren Entwicklung der trinationalen Metropolregion konstitutiver Bestandteil sein: das Erleben und Erfahren, das kreative Zusammenwirken bei der Entwicklung einer Region mit bester Infrastruktur, vielen Arbeitsplätzen und hoher Lebensqualität. Es geht um die Zukunft des Standorts Oberrhein.



Selbstverpflichtungserklärung für die Umsetzung der Ergebnisse des 13. Dreiländerkongresses am 27. Juni 2012 in Landau

Es war eine grenzüberschreitende Premiere am Oberrhein: In drei trinationalen Bürgerforen „Rendez-vous regional“ kamen in den Jahren 2010 und 2011 Bürgerinnen und Bürger aus Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, dem Elsass und der Nordwestschweiz zusammen, um ihre Ideen, Vorstellungen und Erwartungen an die Trinationale Metropolregion Oberrhein (TMO) zu formulieren. Dabei wurden insbesondere Rahmenbedingungen und Aktivitäten für zivilgesellschaftliches Engagement in der Grenzregion in den Fokus gerückt.

Die drei Bürgerforen haben uns, den Vertreterinnen und Vertretern der TMO, aufgezeigt, was für die Menschen in dieser Region wichtig ist, damit grenzüberschreitendes Zusammenleben wirklich umgesetzt wird. Sie haben uns Ideen und Anregungen vermittelt und deutlich gemacht, welche Qualitäten die TMO künftig erhalten soll. Für diesen intensiven, offenen und direkten trinationalen Dialog sind wir sehr dankbar.

Auf Anregung der Bürgerinnen und Bürger haben die Vertreterinnen und Vertreter der Behörden der drei Länder einen Überblick über bereits umgesetzte Projekte und Maßnahmen sowie über Akteure in der TMO zusammengestellt, die den geäußerten Wünschen und Anliegen dienen. Wir werden daran arbeiten, dass bestehende Projekte und Ansätze besser bekannt gemacht und dadurch leichter zugänglich und nutzbar werden. Dazu werden wir eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit betreiben.

Wir haben elf konkrete „Starterprojekte“ definiert, die neu sind und kurzfristig umgesetzt werden sollen. Sie greifen zentrale Ideen aus den Bürgerforen auf und leisten einen konkreten Beitrag, den grenzüberschreitenden Lebensalltag der Menschen am Oberrhein zu erleichtern.





Für die engagierten und interessierten Bürgerinnen und Bürger, die zukünftig grenzüberschreitende Projekte anstoßen wollen, hat die Oberrheinkonferenz zudem einen Leitfaden der Finanzierungsquellen für grenzüberschreitende Projekte am Oberrhein zusammengestellt.

Die bereits vorhandenen Ansprechpartner auf lokaler Ebene, die Euro-distrikte und INFOBESTen, sind erste Anlaufstellen für grenzüberschreitend engagierte Bürgerinnen und Bürger und werden ihnen auch künftig Hilfestellung und Orientierung geben.

Um die zivilgesellschaftlichen Initiativen, Gruppierungen, Vereine und Organisationen aktiv zu unterstützen, soll ein Oberrheinisches Netzwerk für grenzüberschreitendes bürgerschaftliches Engagement gegründet werden.

Der grenzüberschreitende Dialog von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft mit der Zivilgesellschaft ist eine große Herausforderung für die Trinationale Metropolregion Oberrhein, die in einem ersten Schritt mit dem 13. Dreiländerkongress erfolgreich angegangen wurde. Gleichwohl wissen wir, dass zivilgesellschaftliches Engagement und Mitsprache Prozesse sind, die davon leben, dass sie Kontinuität entfalten. Daran wollen wir gemeinsam mit allen zuständigen Akteuren, Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern am Oberrhein weiterarbeiten.

Für die Säule
Politik
Charles Buttner

Für die Säule
Wirtschaft
Jean-Louis Hoerle

Für die Säule
Wissenschaft
Prof. Dr. Jean-Alain Héraud

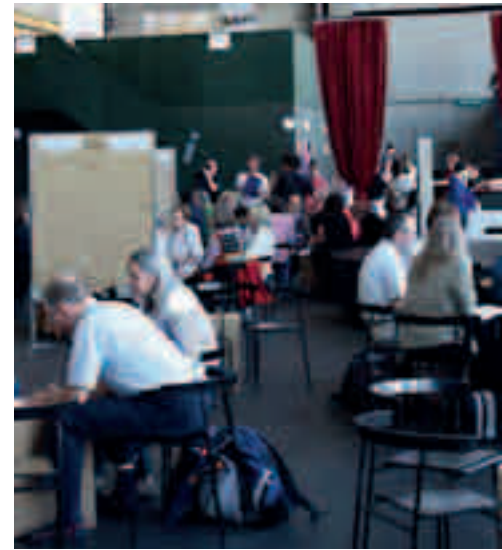
Für die Säule
Zivilgesellschaft
Kurt Beck



Impressionen
Impressions



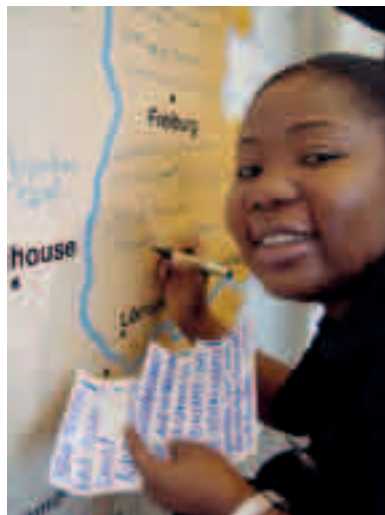
Forum Basel / Bâle



Forum Straßburg / Strasbourg



Forum Karlsruhe / Karlsruhe



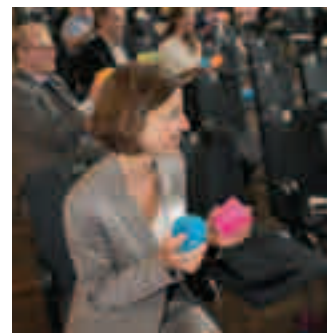


Experten-Hearings





Impressions
Impressionen







Chères lectrices, chers lecteurs,

Au cours de ces deux dernières années, plus de 500 citoyennes et citoyens se sont activement impliqués dans trois forums citoyens organisés à Strasbourg, Karlsruhe et Bâle. Ils y ont exprimé leurs idées et leur conception de la Région Métropolitaine Trinationale du Rhin Supérieur et ce qu'ils en attendent. L'accent a été mis notamment sur les conditions-cadres et les activités nécessaires à la réussite d'un engagement civique dans la région frontalière.

Les résultats de ce vaste processus de débat et de participation ont été publiquement présentés dans le cadre du 13ème Congrès Tripartite „Rendez-vous régional – Société civile à la rencontre de ...“. Le congrès, qui s'est tenu le 27 juin 2012 à Landau, a de surcroît servi de plateforme pour permettre à des acteurs de la société civile d'entamer un dialogue direct avec des représentantes et des représentants des piliers Politique, Sciences et Economie de la RMT.

Les souhaits et suggestions des citoyennes et citoyens ont été analysés par des experts désignés afin d'examiner les possibilités de leur mise en œuvre. Cette analyse a révélé onze idées concrètes de projets – dits « projets pilotes » qui ont été présentés à Landau et devraient être rapidement mis en œuvre. Les projets, parmi lesquels, par exemple, un système électronique trinationale d'information sur les horaires ou encore la création d'une plateforme d'information sur des thèmes liés à la santé et à la prévoyance, apporteront une contribution concrète à l'amélioration de la vie quotidienne transfrontalière des habitants du Rhin Supérieur.

Par ailleurs, nous créons sous la direction de la Chancellerie d'Etat de Rhénanie-Palatinat un Réseau du Rhin Supérieur pour l'engagement civique. Nous en attendons un soutien encore plus ciblé et plus actif des initiatives de la société civile, des groupements et des associations. Les interlocuteurs déjà en place au niveau local, les Euro-districts et les INFOBESTs, continueront à l'avenir de vous fournir soutien et information. Ils restent les premiers guichets d'accès à l'information pour des citoyennes et citoyens engagés au niveau transfrontalier.



L'échange transfrontalier entre les acteurs du monde de la politique, de l'économie, de la science avec la société civile du Rhin Supérieur, même si notre première approche en la matière a donné à ce jour des résultats satisfaisants, reste un défi important à relever. L'engagement civique, la participation et la consultation sont des processus qui doivent être soutenus en permanence pour en développer les effets. C'est ce à quoi nous voulons continuer à travailler conjointement avec tous les acteurs et toutes les institutions responsables et aussi avec les citoyennes et citoyens du Rhin Supérieur.

Chères lectrices, chers lecteurs, je tiens à remercier encore une fois chaleureusement tous les participants, notamment les citoyennes et citoyens mais aussi les acteurs du monde de l'économie, de la science et de la politique, pour l'engagement dont ils ont fait preuve jusqu'à présent. Sans leur participation active, ce processus n'aurait pas été envisageable. Je vous souhaite à tous une excellente lecture, riche en projets passionnants et en suggestions intéressantes pour le développement de la Région Métropolitaine Trinationale.

Cordialement

Kurt Beck

Ministre-Président du Land de Rhénanie-Palatinat



Mesdames, Messieurs,

je vous souhaite à tous une chaleureuse bienvenue dans notre ville de Landau. Je suis très heureux que vous participiez aujourd'hui à ce congrès. Quand nous considérons la Région Métropolitaine Trinationale du Rhin Supérieur, nous pensons à des villes comme Bâle, Fribourg, Strasbourg ou Karlsruhe ; aussi sommes-nous très honorés que vous ayez décidé de tenir ce congrès dans la ville de Landau avec ses 45.000 habitants. Une Région Métropolitaine Trinationale du Rhin Supérieur ne peut devenir concrète et intelligible pour ses habitants que si l'on perçoit et apprend à connaître la région dans son ensemble. J'espère donc d'autant plus que vous vous plairez vraiment aujourd'hui dans notre ville et dans notre salle des fêtes de style art nouveau.

La salle des fêtes de style art nouveau de la ville de Landau où se tient notre congrès a été édifiée au début du 20ème siècle. Elle est l'œuvre de l'architecte Hermann Goerke et a pu être construite grâce au don d'un citoyen fortuné de Landau. A la fin du 20ème siècle, cet édifice avait nettement pris de l'âge et avait besoin d'être rénové. Heureusement, nous avons pu compter, presque 100 ans après sa construction, non seulement sur l'engagement civique des citoyennes et citoyens de notre ville mais aussi sur celui de l'ensemble de la région. L'association « Freunde der Jugendstil-Festhalle », portée par un engagement incroyable, a apporté une contribution financière de 4 millions au coût total de réhabilitation de 23 millions d'euros. Ceci montre clairement que les grands projets ne sont réalisables qu'avec l'engagement de nos citoyennes et de nos citoyens. Ce qui nous amène aussi au thème de ce congrès. Celui qui sait penser dans des dimensions historiques, Mesdames et Messieurs, celui qui connaît et ne refoule pas les terribles chapitres de notre histoire, celui-là sait que les liens d'amitié qui se sont créés entre nos pays depuis cinq décennies étaient loin d'être évidents. Voilà pourquoi de tels congrès sont aussi toujours profitables car ils rassemblent les gens et leur permettent d'apprendre à se connaître et à s'apprécier.

Après de nombreuses réunions des représentantes et représentants officiels, je me félicite vraiment que les citoyennes et citoyens des Lands de Rhénanie-Palatinat, de Bade-Wurtemberg, de la région



Alsace et de la Suisse du Nord-Ouest se rencontrent maintenant à l'occasion de ce congrès des citoyens et que l'on essaie de trouver ensemble des moyens d'instaurer une prise de conscience des citoyens pour cette magnifique région. Cela va prendre du temps et ne pourra pas se faire en trois ou quatre ans. Mais là aussi, on a le droit de penser dans des dimensions historiques. On peut prendre pour base et utiliser ce qui a été créé, réfléchir aux initiatives qui existent déjà et développer des projets d'avenir communs.

La ville de Landau, qui est aussi membre de la région métropolitaine du Rhin-Neckar, n'est pas précisément située au centre de la Région Métropolitaine Trinationale du Rhin Supérieur mais nous nous y impliquons avec conviction. Je serais par conséquent très heureux que la Région Métropolitaine puisse se présenter ici à Landau en 2014 avec un projet „Jardins de l'amitié – Jardins des régions métropolitaines“ à l'occasion de l'exposition horticole « Landesgartenschau » du Land de Rhénanie-Palatinat.

Mesdames et Messieurs, Landau n'a pas toujours été aussi prospère qu'aujourd'hui. Au cours de nos presque 740 années d'histoire, nous avons connu, en tant que région frontalière, un destin historique singulier en étant successivement rattachés à la France et au Palatinat Rhénan et nous étions un pays pauvre. Les habitants ne savaient souvent pas comment mener leur vie. Tout cela a changé au cours des dernières décennies. Entre-temps, notre ville, intégrée dans une merveilleuse région, est située au cœur même de l'Europe. Mais nous nous sommes aussi attachés avec détermination à saisir les opportunités qui en découlent. Si l'Histoire sous-entend toujours de tourner le regard vers le passé, nous en tirons aussi les leçons, pour le présent et pour notre avenir commun. Nous sommes fiers de notre histoire. Nous n'avons donc absolument rien contre le fait que des visiteurs originaires du Nord de l'Allemagne soulignent en termes élogieux le „savoir vivre“ dans notre ville. De toute évidence, l'on ressent encore aujourd'hui notre appartenance à la France durant plus de 100 ans.

Je suis avant tout heureux qu'un grand nombre de citoyennes et de citoyens de la Région Métropolitaine Trinationale du Rhin Supérieur, et pas seulement des personnes dites « officielles », soient présents à ce congrès. Soyez assurés que vous serez toujours les bienvenus dans notre ville. C'est à juste titre que nous pouvons qualifier notre Région Métropolitaine de petit paradis, surtout au regard de la situation mondiale actuelle. Landau fait partie de la RMT et nous en sommes fiers. Une fois encore, je vous souhaite de tout cœur la bienvenue à tous, ainsi qu'une excellente journée à Landau.

Hans-Dieter Schlimmer
Maire de la ville de Landau



« Opportunités et perspectives pour une culture de la participation trinationale »

Exposé de Mme Dr. rer. pol. Jeanette Behringer
dans le cadre du 13ème Congrès tripartite
« Rendez-vous régional – Société Civile à la rencontre de... »

Mesdames, Messieurs,

je vous remercie de m'avoir invitée et, par là même, de m'offrir l'occasion de vous présenter certains éléments de réflexion au sujet des « Opportunités et perspectives pour une culture de la participation trinationale ».

La Région Métropolitaine Trinationale doit être perçue, pour citer un passage de la Déclaration d'Offenburg de décembre 2010, comme « un réseau fonctionnel des acteurs de la politique, de l'économie, des sciences et de la société civile pour réaliser la cohésion territoriale » dans l'objectif « de créer une région transfrontalière de citoyens, de valoriser les expériences, opinions et propositions des citoyens ». Elle répond au souhait de développer un « sentiment d'appartenance à un bassin de vie commun ». La stratégie 2020 évoque la nécessité de lier le succès de la Région Métropolitaine Trinationale à sa légitimité démocratique et à l'implication de la société civile.

Le projet de développer la Région Métropolitaine Trinationale du Rhin Supérieur selon ces principes poursuit ainsi un objectif au long terme très ambitieux – et unique. Je vous en félicite, car le développement d'une région, qui plus est d'une région transfrontalière, vit de l'identification des citoyens avec leur territoire. Aujourd'hui, il n'est plus envisageable de mettre en œuvre un tel projet sans y intégrer une participation active et des décisions venant « d'en bas », il ne serait plus perçu comme démocratique, il n'existe aucune alternative. L'objectif de développer une culture de participation trinationale va de pair avec une intégration plus renforcée. Il s'agit toujours, dans sa relation aux autres, d'apprendre à connaître les divergences culturelles, à les respecter, afin d'élaborer ensemble de nouvelles manières de vivre ensemble et d'échanger. Ceci nécessite un bien très précieux : le temps. Une ressource rare, précisément dans le cadre de l'action politique. Une deuxième ressource est le courage et l'ouverture. En effet, l'intégration, selon Wolfgang Vorkamp, n'est pas seulement la simple approbation, mais la « participation de l'autre ». Cette participation ne fait pas implorer la communauté, comme le montrent certaines études, mais la change. Ainsi, une culture de participation trinationale changera également la Région Métropolitaine du Rhin Supérieur.

J'aborderai la thématique de la « culture de participation trinationale » en trois étapes :

- 1) Que signifie la notion de « culture de participation » ?
- 2) Quel est le potentiel de la société civile ? Dans quelle mesure les différences trinationales ont-elles une importance ?
- 3) Quels sont, par conséquent, les prochaines étapes possibles pour la Région Métropolitaine du Rhin Supérieur ?



1. La notion de « participation »

Elle est souvent entendue, malmenée et invoquée, et cela ne remonte pas seulement aux manifestations de jeunes en France ou aux protestations allemandes contre le projet « Stuttgart 21 ». Elle est communément définie comme « la contribution active des citoyens dans la marche des affaires (politiques) affectant la communauté ou des membres d'une organisation, d'un groupe, d'une association, etc., dans les affaires qui leur sont communes ».

Qu'est-ce que cela signifie pour le sujet qui nous occupe ?

Cela signifie tout d'abord qu'il convient de percevoir les personnes vivant dans la Région Métropolitaine Trinationale comme des citoyens, et non seulement comme des habitants, des consommateurs, des actifs, et de s'adresser à elles en tant que tels. Les citoyens jouissent de droits relatifs à leur liberté, de droits politiques et sociaux ; et seule l'attribution de ces droits permet en contrepartie le transfert de devoirs et de responsabilités. Cela signifie l'engagement à organiser la Région Métropolitaine en partant « du bas » et à créer les conditions sérieuses et crédibles nécessaires à cette participation. Ces formes de collaboration au développement s'appuient souvent sur la participation sociale, mais elles ne la remplacent pas. Tandis que la participation politique au sens propre consiste à influencer les décisions politiques des institutions, la participation sociale comprend « toutes les activités individuelles ou communes volontaires visant à mettre gratuitement à sa propre disposition ou à celle des autres des biens matériels et immatériels tels que l'argent, les soins, le bien-être, les divertissements ou les contacts sociaux ». La participation sociale s'oriente sur « l'intégration sociale et le soutien social ». Il existe dans le cadre de la Région Métropolitaine Trinationale du Rhin Supérieur une multitude de projets de participation sociale, et toutefois, très peu visent la participation politique de la société civile. Les impacts en termes d'intégration et de crédibilité sont en particulier décelables dès lors qu'une participation active est possible et que les « affaires affectant la communauté » peuvent être définies par les participants.



Quelles sont par conséquent les affaires affectant la Région Métropolitaine Trinationale du point de vue de ses citoyens ?

Une des sources importantes permettant de répondre à cette question réside dans les INFOBESTs et l'analyse systématique des consultations de conseil aux citoyens qui y sont menées, et très certainement aussi dans les résultats et recommandations des congrès citoyens organisés jusqu'à présent. Outre les thématiques de l'activité professionnelle et de la vie quotidienne transfrontalières, des questions concernant le fonctionnement transfrontalier dans la région du Rhin Supérieur y sont soulevées et des propositions ciblées pour la participation transfrontalière y sont formulées. Il convient dès lors de les examiner de façon systématique et d'y répondre.

Venons-en à l'autre partie de notre notion : la culture de participation. Vouloir établir une « culture de participation » signifie que l'on souhaite faire émerger une nouvelle culture politique. Pour le politologue Max Kaase, il serait certes vain de tenter de définir la culture politique. Mais nous ne nous laissons pas abattre pour autant. En effet, pour l'émergence d'une identité transfrontalière, il est naturellement fondamental et crucial de se pencher sur les cultures politiques en Suisse, en France et en Allemagne. Une culture politique est une sorte de « cadre objectif » qui représente un ensemble de réflexions sensées et logiques pour les personnes politiquement actives réglant au quotidien la manière « correcte », « appropriée » et « juste » d'agir, de parler, de penser la politique et définissant ce qu'il est convenu de considérer comme une décision légitime, comme une bonne décision.

Ainsi, établir une culture de participation trinationale ne représente rien de moins qu'un appel à la réflexion transfrontalière sur les modes de coopération, de concertation et de prise de décision pouvant être perçus par au moins (!) trois cultures politiques comme « corrects », « justes » et « appropriés ». Il existe sur ce point des différences importantes quant à l'organisation de la politique nationale : le compromis et le consensus sont considérés en Suisse comme des points fondamentaux et positifs du fonctionnement démocratique, alors qu'au sein de la démocratie de concurrence et de négociation qu'est l'Allemagne, par exemple, le compromis est perçu comme négatif. La place centrale et la crédibilité de l'Etat sont choses communes en France et en Allemagne, la France étant fortement centralisée et l'Allemagne étant fédéraliste, tandis que la défiance suisse envers les compétences de l'Etat fédéral se traduit par des structures volontairement limitées. Les styles de communication politique sont également très différents. Je rappellerai seulement la tentative de Peer Steinbrück, dans le cadre des discussions sur l'évasion fiscale entre la Suisse et l'Allemagne, de faire pression sur la Suisse en laissant entendre qu'il fallait y envoyer la cavalerie. Ou encore Françoise Dorison, conseillère en communication interculturelle ayant travaillé de nombreuses années en Allemagne, qui parle en ces termes de la communication franco-allemande : « Les Français, qui aiment bien se mettre en avant, aiment beaucoup les compliments, par exemple pour une de leurs technologies innovatrices. Cela est beaucoup apprécié. Par contre, un Français doit faire attention par rapport à la profonde blessure historique des Allemands.



La plupart ne sont pas du tout conscients de ce sujet sensible. » Par conséquent, dans le cadre d'une culture de participation, il ne peut pas seulement s'agir d'intégrer de temps à autres au « Pilier Société Civile » quelques éléments supplémentaires de participation au compte-goutte, organisant tantôt une table ronde, tantôt un atelier d'avenir « de plus ». Il s'agit bien plus de développer une culture et des structures de participation communes, pérennes et solides.

A cet égard, il existe deux défis que l'on peut dès lors considérer comme des opportunités :

Premièrement : une étude comparative datant de 2010 a montré que la Suisse, la France et l'Allemagne comptaient parmi les démocraties les plus stables d'Europe, la Suisse se hissant au rang de « high trust society », avec un haut degré de confiance envers les politiques, le parlement et l'état de droit. La France et l'Allemagne affichent dans tous ces domaines des valeurs bien plus faibles, et seule la confiance envers l'état de droit est plus forte en Allemagne qu'en France. La satisfaction et l'appui de la démocratie sont les plus élevés en Suisse, l'Allemagne se plaçant devant la France en la matière. Dans tous les pays, y compris en Suisse, on observe que les citoyens ont de moins en moins le sentiment, au cours de ces dernières années, de pouvoir peser sur les processus politiques et de saisir la complexité des compétences et processus politiques. Cette hostilité face à la politique décelable dans tous les systèmes, bien que présentant des différences propres aux pays, se traduit cependant dans un besoin accru de participation directe, sous diverses formes et dans différentes mesures. L'introduction sur tout le territoire allemand de pétitions de citoyens et de référendums, ou encore la création d'At-tac, l'association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens, en France, n'en sont que quelques exemples. A cet égard, la culture suisse de consultation, avec la participation poussée de groupes d'intérêts, mais aussi de citoyens, au processus législatif pourrait peut-être servir de modèle à l'établissement d'une culture de participation trinationale.



Deuxièmement : la construction européenne est plus que jamais marquée, voire même menacée, par la mise en exergue des identités nationales. L'absence d'une société civile européenne qui participerait à la mise en œuvre du projet européen est aujourd'hui particulièrement perceptible. Les raisons de cette méfiance face au projet européen pourraient également faire office de grille d'analyse critique de la Région Métropolitaine Trinationale : une faible connaissance des possibilités de participation, l'opacité des processus de décision et un sentiment profond d'impuissance et de torpeur. Les citoyens voient l'Europe comme un projet « élitaire » produisant un discours de valeurs créateur d'identité replié sur lui-même.

2. J'en viens à présent à mon deuxième point : quel potentiel la société civile représente-t-elle pour une culture de participation trinationale ?

Il est important à ce stade de distinguer deux approches différentes, bien que complémentaires, de la société civile : la société civile est d'une part un domaine social qui se situe entre l'Etat, le marché et la vie privée, et dans lequel les citoyens s'organisent eux-mêmes de diverses manières. Dans cette indépendance réside son potentiel particulier pour la communauté, c'est en elle que se développent des thématiques et des prises de position démocratiques pour la liberté individuelle, l'autodétermination politique et l'exigence d'une participation démocratique. D'autre part, une lecture normative de la société civile consiste à la concevoir comme une qualité particulière de l'action sociale, basée sur des valeurs, telles que la tolérance, l'équité et la non-violence.

Ainsi, la société civile revêt des fonctions variées pour une culture de participation :

- Elle « découvre » et traite des problèmes sociaux
- Elle participe à la définition des priorités, si on le lui permet
- Elle participe à l'établissement de valeurs démocratiques (responsabilité, solidarité, confiance) et de compétences (formation et articulation de l'opinion, coopération, capacités d'organisation).

Ceci soulève maintenant deux questions :

Comment utiliser de façon plus soutenue les thématiques et les activités de la société civile indépendante pour établir les priorités d'une région métropolitaine transfrontalière politique ?

Le contact entamé avec la société civile dans la REGIO BASILIENSIS pourrait servir de modèle à la Région Métropolitaine Trinationale.

Et : A qui s'adresse une société civile aux ambitions politiques transfrontalières afin de faire entendre ses exigences au sein du processus politique ?

Il serait à cet égard approprié de réfléchir à une réforme du Conseil Rhénan.

Il convient d'apporter une réponse à ces questions en tenant compte d'une société civile trinationale diversifiée : cela implique également l'engagement volontaire en tant que mode d'expression de la société civile. La connais-



sance des différences spécifiques à chaque pays quant à l'engagement et la participation au-delà des institutions, conformément aux deux approches de la société civile évoquées plus haut, est donc la condition indispensable à la formation d'une société civile trinationale. Il existe dans chacun des trois pays un engagement volontaire aux modes d'expression traditionnels et nouveaux, formels et informels. Le « recensement » de l'engagement est varié et a également une influence sur le terrain. Je ne donnerai pas de chiffres ici, car les différentes notions symbolisent différents concepts de ce que doit être l'engagement dans le cadre d'une culture politique propre : le mot « volontariat » se rapporte le plus souvent en France aux services civiles volontaires qui existent seulement depuis 2005 dans l'hexagone, contrairement à l'Allemagne. En effet, ceux-ci sont de plus en plus répandus outre-Rhin depuis les années 60, ce qui entraîne cependant des problèmes. Les services volontaires en Allemagne et en France relèvent, conformément aux traditions étatiques, de la compétence de ministères nationaux, et sont règlementés. En France, il s'agit du ministère « de la jeunesse et des solidarités actives ». La notion française de « bénévolat » est liée à l'action organisée. En outre, en Suisse, le volontariat concerne exclusivement l'engagement auprès d'une organisation. La forme d'expression la plus courante du bénévolat en France est la vie associative, qui occupe également une place importante en Allemagne et en Suisse. Néanmoins, d'autres formes d'engagement moins formalisées ont pris de l'ampleur au cours de ces dernières années : l'engagement non associatif, ce qu'il convient d'appeler « engagement informel », joue un rôle prépondérant en Suisse par exemple, où il constitue une catégorie d'engagement à part entière dans les enquêtes nationales. Cet engagement s'appuie sur une démarche fondamentale consistant à considérer que la contribution de la personne autonome représente toujours une disposition volontaire à effectuer des tâches dans l'intérêt de la communauté, sous des formes qui sont et doivent être d'autant plus variées. L'autonomie de la communauté est primordiale à cet égard, une approche libérale de l'Etat et des structures résolument fédéralistes, au sein desquelles les cantons constituent le niveau politique le plus important. Aussi existe-t-il au niveau cantonal certaines structures correspondant aux agences allemandes pour le bénévolat. Elles reçoivent cependant très peu de subventions de l'Etat. Il n'existe pas de compétence départementale au niveau national. Contrairement à l'Allemagne, et comme il a déjà été évoqué plus haut, à la France : Le Ministère allemand pour la famille, les seniors et la jeunesse est responsable, tandis que tous les Länder allemands définissent les compétences. En Suisse, les cantons et les communes sont les structures centrales, ainsi que les citoyennes et les citoyens, qui règlent leurs affaires directement. En Allemagne en revanche, les attentes sont indéniablement axées sur les structures de l'Etat. La forte infrastructure allemande en matière de bénévolat est certes efficace, mais elle définit les priorités. La notion « d'engagement citoyen » censée intégrer également l'engagement volontaire, sous forme de mouvements sociaux ou d'initiatives, est trompeuse en Suisse, alors qu'elle réfère en Allemagne au lien étroit qui existe entre les questions d'engagement d'une part et la volonté de participation d'autre part. La notion de « travail bénévole » plus couramment employée en Suisse traduit en revanche le souhait de mettre à un seul et même niveau la valeur de l'engagement et le travail rémunéré. En France toutefois, les associations sont au premier plan, subventionnées par l'Etat, afin de pouvoir continuer de développer leur potentiel social, mais aussi économique.

Ainsi, l'organisation politique de la société civile révèle à elle seule des différences nationales. Tandis que la seule fédération nationale de l'engagement



bénévole en Suisse, le « Forum bénévolat suisse », a été dissoute en 2011 par manque de ressources et de soutien de la part des associations, il existe depuis 2002 en Allemagne un réseau tri-sectoriel, le « Réseau fédéral de l'engagement citoyen », financé pour la plus grande partie par l'Etat, avec toutes les tensions que peut entraîner la volonté d'indépendance dans un contexte de dépendance à l'Etat. En France, la « Conférence permanente des coordinations associatives » (CPCA), association nationale fondée en 1992, regroupe les fédérations de la société civile française, afin d'exploiter au mieux le potentiel social et économique, mais aussi d'occuper une position plus forte dans les négociations avec l'Etat. La CPCA est également organisée en régions, un facteur important de coopération dans le cadre de la culture de participation trinationale.

Concernant le renforcement de la fonction participative, on discerne, comme cela a été mentionné plus haut, une tendance vers la participation directe également en Allemagne, et vers une décentralisation et une démocratie communale accrue en France. La loi française de 2002 relative à la « démocratie de proximité » renforce notamment la démocratie municipale, instituant des conseils de quartier dans les villes de plus de 80 000 habitants. En Allemagne la tendance vers une participation directe accrue est flagrante, facilitant entre autres les pétitions citoyennes et les referendums au niveau communal.

3. Quelles conclusions pouvons-nous en tirer pour l'établissement d'une culture de participation trinationale, et quelles recommandations peuvent être formulées ?

Revenons d'abord sur la valeur de la société civile : elle est non seulement l'un des quatre piliers de la Région Métropolitaine Trinationale, mais aussi le fondement nécessaire pour l'établissement d'une culture de participation trinationale. Ainsi, s'agissant de l'assimilation d'une histoire commune, il serait porteur de travailler également sur une lecture commune de l'histoire des traditions démocratiques et de la société civile. Et pour ce qui est du présent, il serait nécessaire d'engager une communication sur l'identité et les thèmes trinationaux de la région. Il serait par exemple opportun de fonder une académie pour l'éducation trinationale. Portant la vision d'une citoyenneté européenne émancipée, cette académie serait une innovation et poserait une première pierre également en Europe.

Le débat sur le développement de la Région Métropolitaine en tant que région du savoir et espace économique semble avoir fait son chemin d'un point de vue structurel et matériel, par le biais de projets et de collaborations divers. Il conviendra en outre de se demander : qu'évoquent les notions de « région du savoir » et « d'espace économique » pour la société civile ? Comment ses idées peuvent-elles être intégrées dans le débat des institutions, réseaux et projets existants ?

Considérant le rôle de la société civile en matière de participation politique, il conviendrait de réfléchir à un rapprochement des piliers « politique » et « société civile ». S'agissant par exemple de la création d'un « Lieu d'Europe », ce serait une excellente occasion de mener un vaste dialogue sur les valeurs avec les citoyens de la Région Métropolitaine Trinationale, et ce dans les communes, au niveau local.



La question fondamentale qui se pose est celle de la formation de l'opinion et du processus décisionnel pour et dans la Région Métropolitaine. C'était jusqu'à présent la tâche de la Commission Intergouvernementale, de la Conférence du Rhin Supérieur, du Conseil Rhénan, des Eurodistricts et des réseaux de villes. Comment améliorer la représentation des citoyens au sein de ces organes ? Une représentation parlementaire trinationale directement élue, telle notamment l'assemblée régionale de la région de Stuttgart, pourrait contribuer à une meilleure représentation des citoyens. Cela pourrait déboucher sur un nouveau développement du Conseil Rhénan. De plus, il conviendrait de mettre en place des processus de concertation réguliers pour la participation des citoyens dans les affaires binationales ou trinationales (sur des grands projets controversés, par exemple). Après un tel processus de participation, il est important d'informer les citoyens sur l'utilisation des résultats et d'en justifier. En outre, il serait bon d'étudier la possibilité de mener des initiatives citoyennes et des référendums transfrontaliers. La création d'une communication commune abordant régulièrement la thématique de la Région Métropolitaine Trinationale du Rhin Supérieur est primordiale. Il s'agit en particulier de s'adresser de manière ciblée aux journalistes et de les former. Il conviendra de cibler les journalistes qui s'intéressent aux habitants de la région, à leur histoire et à leurs histoires, et ne traitent pas exclusivement des événements et de la politique « de haut vol ». Les communes sont des lieux qui fonctionnent différemment dans chaque pays, mais elles sont centrales pour la société civile, l'engagement et la participation. Aussi un échange régulier doit avoir lieu au niveau des autorités et des élus locaux, des responsables de l'engagement citoyen, des citoyens eux-mêmes, et surtout des associations.

Une Région Métropolitaine participative idéale implique une organisation des politiques, de l'économie et des sciences intégrant systématiquement les citoyens. Lorsque les citoyens ont une vraie possibilité de définir des thématiques, des souhaits, des revendications, ou de prendre position sur des projets déjà définis, d'échanger, de s'investir, et lorsqu'ils perçoivent des possibilités sérieuses de participation, émergent alors les primordiales « revendications communes », l'espace public nécessaire au sentiment du NOUS, le sentiment d'appartenance à une communauté, l'identité et finalement la prise de responsabilités. Si vous me le permettez, je terminerai sur une citation du Président de la République fédérale d'Allemagne, Joachim Gauck : « Il ne faut pas oublier que notre démocratie n'est pas louable parce qu'elle nous procure de bons produits issus du secteur économique, mais parce que nous avons lancé un tout autre produit, nouveau et convaincant, sur la scène politique. Ce produit, c'est le citoyen ». Et j'aimerais ajouter : « et la citoyenne. En Europe ».

Je vous remercie de votre attention.

Dr. rer. pol. Jeannette Behringer
Fachstelle Gesellschaft & Ethik
Abteilung Bildung
Ev.-ref. Landeskirche
Hirschengraben 7
CH-8001 Zürich
Tel. +41 (0)44 258 91 82
Courriel : jeannette.behringer@zh.ref.ch



Rétrospective sur les forums citoyens

Sous la responsabilité du Land de Rhénanie-Palatinat, trois forums citoyens ont été organisés et se sont tenus le 16 octobre 2010 à Strasbourg, le 22 janvier 2011 à Karlsruhe et le 21 mai 2011 à Bâle. Près de 500 personnes ont activement participé à ces manifestations et y ont exprimé leurs idées, leurs conceptions et leurs attentes en liaison avec la Région Métropolitaine Trinationale (RMT). Parallèlement aux invitations ciblées adressées aux représentants de la société civile allemande, française et suisse (p. ex. comités d'action et de défense de citoyens, associations, groupements, fondations et projets de la société civile), les citoyennes et les citoyens intéressés ont été conviés dans le cadre d'une procédure d'inscription ouverte à tous (annonces, communiqués de presse et invitations publiques).

Dans les forums, il était question d'expérience et de critique, d'opinions et de propositions des citoyennes et citoyens en qualité d'experts de leur propre domaine. Les participants ont notamment examiné la Région Métropolitaine sous l'angle de ses valeurs et objectifs éventuels ainsi que de l'utilité qui pourrait être la sienne au quotidien. A cet égard, la question suivante se posait : que représente cette région et quels sont ses avantages pour moi en tant que citoyenne et citoyen ? On s'est également penché sur la société civile elle-même en s'interrogeant sur ses besoins, ses potentiels éventuels et ses missions pour le futur ?

Il a été tout particulièrement question d'une mise en réseau plus efficace des citoyennes et citoyens à travers la suppression des barrières linguistiques et une information plus complète par les médias, mais également au moyen d'un développement des transports en commun. Au regard de la politique, les objectifs définis sont les suivants : participation citoyenne plus intense et administration coopérant plus étroitement et travaillant avec davantage d'efficacité. Une attention toute particulière a été accordée au contexte général et aux activités liées à l'engagement citoyen dans la région frontalière.

Il a été constaté que sans un profil clairement défini, la RMT aurait des difficultés à s'affirmer dans l'esprit des populations de la région du Rhin supérieur. Dans les forums citoyens déjà, d'éventuelles idées-forces pour la RMT ont été recherchées activement : une région innovante et diversifiée alliant une qualité de vie toute particulière à une approche équilibrée de la notion de progrès social, écologique et technologique. Il s'agit de développer la Région Métropolitaine à partir de structures déjà existantes et d'exploiter les expériences et ressources disponibles.

La société civile souhaite prendre une part active dans cette mission consistant à associer des contenus de qualité au concept de la RMT ainsi qu'à donner un visage à cette dernière. Parallèlement, elle réclame des lieux et des occasions de rencontre et de mise en réseau. Il semble particulièrement important d'intégrer les enfants et les jeunes à la formation de la société civile en les sensibilisant à la thématique et en promouvant leur engagement. D'une manière générale, la société civile dans la région du Rhin supérieur a besoin d'un processus ascensionnel, du bas vers le haut, supporté par les groupements existants et se développant ensuite progressivement. Les résultats des discussions à Strasbourg, Karlsruhe et Bâle peuvent être regroupés en cinq grands champs thématiques : langue et mise en réseau, politique et administration, vivre, apprendre et travailler, environnement et énergie ainsi que culture et identité.



Langue et mise en réseau

Les participants estiment que le plurilinguisme des populations vivant dans la région représente le défi majeur qui s'impose à cette dernière. L'intérêt réciproque et la volonté de dialogue et d'échange présupposent que l'on surmonte les barrières linguistiques. Pour y parvenir, un soutien linguistique précoce et l'apprentissage de la langue du voisin sont requis. Un réseau de transport parfaitement structuré est également essentiel à la vie dans une Région métropolitaine ressentie comme telle. Pour cela, les participants estiment qu'il est nécessaire de développer les transports en commun et les liaisons rapides entre toutes les villes importantes de la région du Rhin supérieur. Des distributeurs de titres de transport communs et un billet spécial pour la région du Rhin supérieur sont d'autres idées de projets. Une mise en réseau requiert aussi une information. De l'avis des participants, la RMT doit être davantage présente dans les médias – notamment par le biais de reportages sur des manifestations trinationales.

Politique et administration

La Région Métropolitaine doit se distinguer par une administration coopérant étroitement et travaillant efficacement en pleine transparence et dont la participation citoyenne constitue une partie intégrante pleinement respectée. Pour les participants, les institutions et organisations déjà existantes dans l'espace frontalier produisent souvent une impression de confusion. Le souhait d'une suppression des barrières bureaucratiques et fiscales apparaît comme une constante dans tous les forums citoyens. C'est en effet la seule manière de développer et de faciliter la cohabitation et l'action commune par-delà les frontières. Du point de vue des citoyennes et des citoyens, la Région Métropolitaine doit être dotée de compétences politiques réelles de façon à pouvoir être prise au sérieux comme région européenne transfrontalière efficace. Les participants estiment qu'un droit de regard transfrontalier est important, en particulier dans le cas de grands projets d'infrastructure ou de construction ainsi que pour la planification régionale.

Vivre, apprendre et travailler

Dans les domaines de la formation et du travail, les participants souhaitent des systèmes scolaires et d'apprentissage harmonisés, avec des cursus trinationaux, des diplômes mutuellement reconnus ainsi que des formations continues transfrontalières et interculturelles.



Parallèlement à un marché du travail intégré où chacun peut, sans aucun inconvénient, devenir « frontalier », une mise en réseau transfrontalière des systèmes de santé et sociaux est réclamée. Un atlas régional de la formation, des manuels scolaires systématiquement bilingues et une simplification des conditions de stage dans le pays voisin pourraient contribuer à y parvenir. Les participants estiment par ailleurs que la mise en place de portails internet transfrontaliers serait utile à la coopération et au soutien du financement dans ces domaines.

Environnement et énergie

Le souhait d'un tournant énergétique écologique transfrontalier est souvent exprimé. Il convient de préserver et d'accroître la très bonne qualité de vie dans la Région du Rhin supérieur à travers des efforts communs dans les domaines de la protection de l'environnement, du maintien de la biodiversité ainsi que des surfaces cultivées et agricoles. Des programmes de développement régionaux et des concepts de planification en constituent, entre autres, le fondement. Des standards environnementaux uniformes pour la protection des sols et des eaux ainsi que pour un mode de construction écocompatibles sont souhaités. D'une manière générale, les citoyennes et les citoyens accordent une grande importance à une action durable dans les domaines sociaux, économiques et écologiques et à un développement industriel avisé et innovant.

Culture et identité

La mise en œuvre de projets transfrontaliers peut contribuer à renforcer l'identité régionale et à forger un profil. De l'avis des citoyennes et des citoyens, une animation de la RMT du Rhin supérieur est envisageable si la région se distingue par des valeurs explicites et des qualités précises qu'elle emploiera à définir son identité.

Les participants proposent un marketing commun pour la RMT. Un autocollant RMT, un site internet commun, un emblème unique, un timbre RMT transfrontalier et l'organisation de grandes manifestations trinationales sont souhaitables. Un nouveau nom plus attrayant que l'actuelle désignation RMT, très administrative, ainsi qu'un logo commun pourraient y contribuer. Des manifestations culturelles intégrant le Rhin, non pas comme frontière, mais comme fleuve fédérateur doivent régulièrement être organisées et offrir des occasions de se rencontrer. Les citoyennes et citoyens proposent notamment de créer une journée du Rhin supérieur, une triennale, un bateau culturel ou une reine du vin transfrontalière commune. Grâce à de tels projets, la notoriété de la RMT sera également accrue en tant que région touristique. Les citoyennes et les citoyens ont énoncé une priorité majeure : l'identification avec une région où l'absence de frontières et de limites va de soi et peut être vécue sans complications.

La carte de la Région Métropolitaine Trinationale

A l'issue de chaque forum citoyen, les principaux messages des participants ont été consignés sur la « carte de la Région Métropolitaine Trinationale » et sous forme de synopsis.





Rapport des audits d'experts

Lors des trois forums citoyens de Strasbourg, Karlsruhe et Bâle, les citoyennes et les citoyens ont fait part d'un grand nombre d'idées, de propositions et d'attentes en liaison avec la Région Métropolitaine Trinationale du Rhin supérieur (RMT). Préalablement au Congrès Tripartite, il a donc semblé nécessaire d'évaluer très précisément, avec des experts de la coopération transfrontalière, l'applicabilité de ces idées et de développer des concepts de projet concrets. A cet effet, trois audits d'experts ont été organisés.

Le premier audit sur la formation et le monde du travail a eu lieu le 16 avril 2012 à Neustadt an der Weinstraße. Les thèmes de la mobilité et de l'infrastructure, de la langue, de la mise en réseau et des médias ainsi que de l'apprentissage et de l'exercice d'une profession ont été traités. Lors du deuxième audit organisé le 25 avril 2012 à Jockgrim et consacré au « cadre de vie », les travaux ont principalement porté sur l'environnement, l'énergie et le développement durable, la santé, la culture et le tourisme ainsi que le sport et le monde associatif. Sur le fondement des résultats des forums citoyens, d'une sélection de projets déjà mis en œuvre dans la région du Rhin supérieur et d'une définition de travail commune de la notion de « société civile », les experts ont examiné quels projets proposés par les citoyennes et les citoyens sont susceptibles d'être réalisés, et le cas échéant, dans quel délai et dans quel contexte général.

Le troisième forum citoyen sur le thème du « Monde citoyen : société civile et politique » a eu lieu le 4 mai 2012 à Jockgrim. Y étaient conviés des acteurs de la coopération transfrontalière ainsi que de l'engagement citoyen. Après un exposé liminaire sur l'interprétation des différentes cultures participatives dans les trois pays – Allemagne, France et Suisse –, des questions et des propositions concernant les possibilités d'une participation citoyenne transfrontalière et d'une éventuelle mise en réseau de la société civile ont été discutées. Cet audit avait pour objectif d'impulser concrètement le développement du pilier société civile.

Lors des trois audits, les participants ont pu développer onze projets pilotes au total. Il s'agit à cet égard de projets devant être initiés à brève échéance. Pour chacun d'entre eux, des informations concrètes ont été rédigées et un « facilitateur » responsable désigné. Celui-ci sera chargé, en qualité de chef de file, de faire avancer la mise en œuvre.



Informations sur les projets pilotes

Système électronique d'information trinational sur les horaires

L'amélioration de l'information multimodale transfrontalière doit progresser substantiellement et rapidement afin d'offrir aux citoyens du Rhin Supérieur la possibilité de consulter les horaires et calculer des itinéraires transfrontaliers en transports en commun sur l'ensemble de la zone.

Parrainage : M. Wolfgang Schröder
Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH
Elektronische Fahrplanauskunft
Wilhelmsplatz 11
70182 Stuttgart
Tel. +49 (0)711 23991-209
Courriel : Schroeder@nvbw.de

Transports en commun transfrontaliers

Il convient de proposer des billets de correspondance aux tarifs en vigueur et d'améliorer les modalités de vente pour les offres transfrontalières en place. L'objectif est de permettre la vente de billets de transport pour les liaisons transfrontalières, une initiative qui doit profiter entre autres aux étudiants.

Parrainage : Groupe d'experts Transports publics de voyageurs
Le Secrétariat commun de la Conférence du Rhin Supérieur
Rehfusplatz 11
77694 Kehl
Tel. +49 (0)7851 9349-0
Courriel : info@oberrheinkonferenz.org

Appel à projets transfrontaliers

La mise en place de projets d'échanges transfrontaliers est souhaitée dans les établissements scolaires et les structures de garde d'enfants (par ex. garderies, écoles primaires, collèges). Le projet pourrait tourner autour des œuvres de l'artiste Tomi Ungerer ou d'un slam de poésie. Ce projet doit être le fruit d'un travail collectif. Les résultats seront présentés dans le cadre d'une réunion de clôture commune.

Parrainage : M. Dominique Drouard
Académie de Strasbourg
6, Rue de la Toussaint
67000 Strasbourg
Tel. +33 (0)388233437
Courriel : dominique.drouard@ac-strasbourg.fr



Développement du site Internet de la RMT

Il convient d'actualiser régulièrement le site Internet de la Région Métropolitaine Trinationale du Rhin Supérieur (www.rmtmo.eu) de manière à en faire une plateforme d'information et un portail consacré au Rhin Supérieur. Le but est de rassembler les informations pertinentes pour les citoyens et de les rendre accessibles à tous.

Parrainage : Coordinateurs de la RMT
Région Métropolitaine Trinationale du Rhin Supérieur
Villa Rehfus
Rehfusplatz 11
77694 Kehl
Tel. +49 (0)7851 934960
Courriel : metropolregion@oberrheinkonferenz.org

Salon trinational sur la formation dans les disciplines des mathématiques, de l'informatique, des sciences naturelles et des sciences techniques

Un salon trinational sur le thème de la formation dans la Région Métropolitaine Trinationale du Rhin Supérieur sera organisé en différents lieux de la région du Rhin Supérieur. Son lancement est prévu en 2014 en Suisse. Cette manifestation a pour objectif d'éveiller l'intérêt des jeunes pour les métiers relevant du domaine des sciences naturelles et des sciences techniques et de réunir les diverses initiatives d'aide à l'orientation professionnelle.

Parrainage : M. Henri Gassler
Endress+Hauser Flowtec AG
Kägenstraße 7
4143 Reinach BL
Tel. +41 (0)61 7156650
Courriel : henri.gassler@flowtec.endress.com

Carte transfrontalière des sociétés de vente directe

Dès le milieu de l'année 2013, une carte interactive bilingue permettra de visualiser sur Internet l'emplacement et le profil des différentes sociétés de vente directe. Cette initiative a pour ambition de promouvoir la notoriété des produits issus de l'agriculture régionale et de développer leur commercialisation afin d'offrir à la région une plus-value écologique durable.

Parrainage : Groupe de travail Agriculture
Le Secrétariat commun de la Conférence du Rhin Supérieur
Rehfusplatz 11
77694 Kehl
Tel. +49 (0)7851 9349-0
Courriel : info@oberrheinkonferenz.org



Plateforme d'information sur les thèmes liés à la santé et à la prévoyance

Dans le courant de l'année 2013, le GT « Politique de la santé » de la Conférence du Rhin Supérieur mettra en ligne une plateforme d'information sur les thèmes de la santé et de la prévoyance. Il s'agit, par cette initiative, d'améliorer la transparence des prestations de soins de santé transfrontalières pour les citoyens (par ex. remboursement des frais de santé). La distribution de dépliants et brochures ainsi que l'organisation de réunions d'informations sont également prévues dans le cadre de cette action.

Parrainage : Groupe de travail Santé
Le Secrétariat commun de la Conférence du Rhin Supérieur
Rehfußplatz 11
77694 Kehl
Tel. +49 (0)7851 9349-0
Courriel : info@oberrheinkonferenz.org

Rallye du Rhin Supérieur : METROPOLY « Interculturallyeté »

Un rallye composé de plusieurs étapes sera organisé sur l'ensemble du territoire de la Région Métropolitaine Trinationale du Rhin Supérieur. Jeunes (et moins jeunes) échangeront leurs expériences et profiteront pleinement de l'espace pour partir à la découverte de la culture et de la langue des trois pays.

Parrainage : Mme Barbara Dobuszewski
Michael-Friedrich-Wild-Grundschule
Goethestraße 22
79379 Müllheim
Tel. +49 (0)7631 17995710
Courriel : MFWGS01@muellheim.de

Extension de la carte des sports interactive de la Conférence du Rhin Supérieur en une encyclopédie en ligne sur la Région du Rhin Supérieur

La carte des sports de la Conférence du Rhin Supérieur se verra progressivement enrichie de nouvelles thématiques qui seront réunies en une encyclopédie en ligne consacrée à la Région du Rhin Supérieur.

Parrainage : Groupe de travail Sport
Le Secrétariat commun de la Conférence du Rhin Supérieur
Rehfußplatz 11
77694 Kehl
Tel. +49 (0)7851 9349-0
Courriel : info@oberrheinkonferenz.org



Réseau du Rhin Supérieur pour l'engagement civique

Il est prévu d'instaurer une mise en réseau transfrontalière des structures et services de promotion de l'engagement civique au sein de la Région Métropolitaine Trinationale du Rhin Supérieur. Ce projet vise à mettre en place et à améliorer les conditions-cadres et les infrastructures nécessaires à la promotion de l'engagement civique au niveau transfrontalier (par ex. banques de données d'associations, formations continues pour bénévoles, attestations de l'engagement et des compétences, couverture d'assurance etc.). Le réseau doit par ailleurs avancer des propositions en vue d'améliorer la communication avec les citoyens et de renforcer les prestations de conseil.

Parrainage : Mme Dr. Johanna Becker
Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz
Tel. +49 (0)6131 16-4247
Courriel : johanna.becker@stk.rlp.de

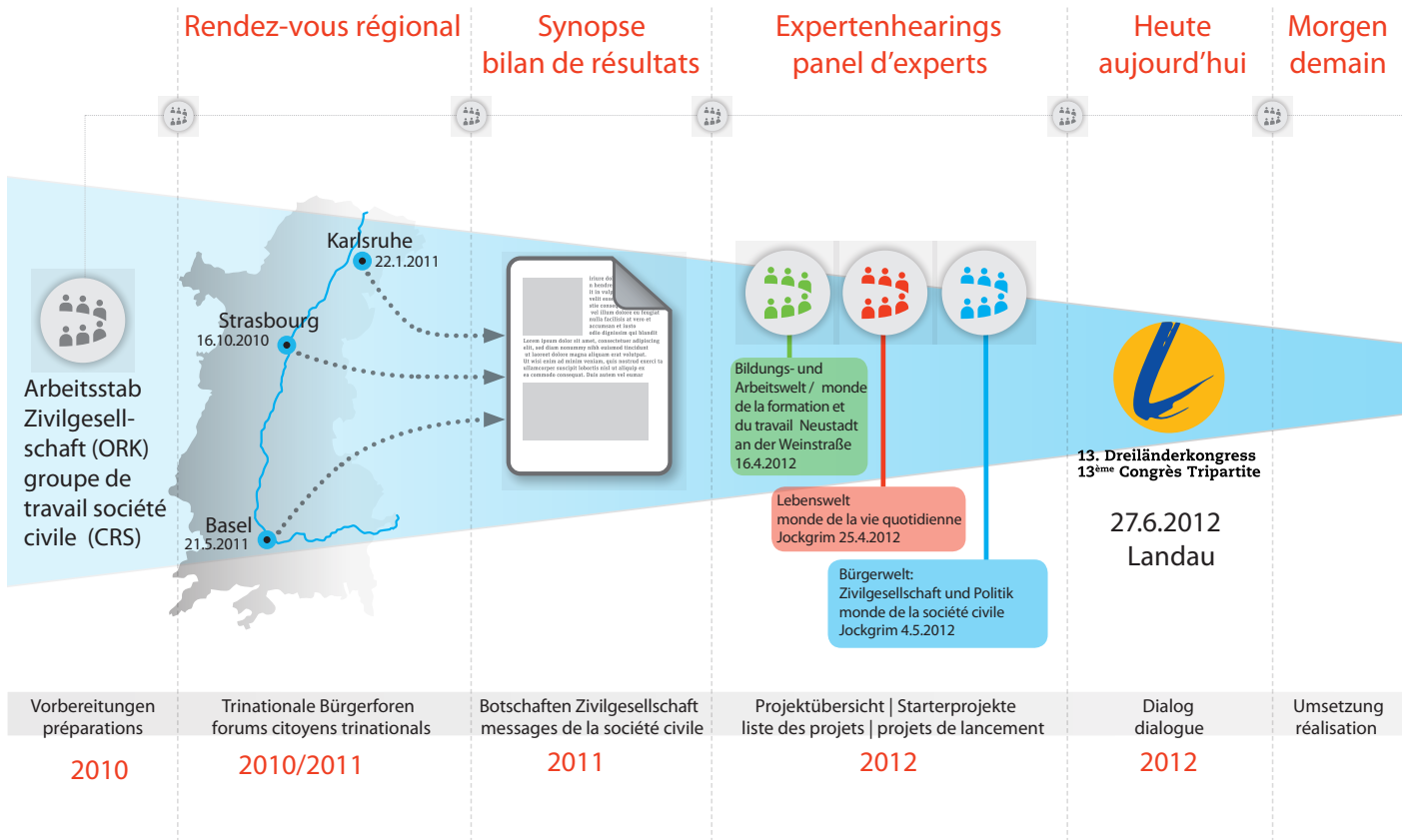
Services d'information pour les citoyens : développer et faire connaître les structures existantes

Il importe de faire connaître davantage aux citoyens de la Région Métropolitaine Trinationale du Rhin Supérieur les institutions de médiation en place telles que les INFOBESTs et les Eurodistricts. Principaux interlocuteurs transfrontaliers des citoyens au niveau local, ces services sont les mieux placés pour recueillir et soutenir les idées et initiatives en faveur de l'engagement civique transfrontalier. Un développement local de ces points d'appel est éventuellement requis.

Parrainage : Les Infobests et les eurodistricts au Rhin Supérieur
www.infobest.eu .



Table chronologique du dialogue de citoyens



Bürgerdialog in der Trinationalen Metropolregion Oberrhein (TMO) | Dialogue de citoyens dans la Région Métropolitaine Trinationale (RMT)



Entretien avec des participants aux forums citoyens

Participants :

Norbert Möllers, Europa-Union Karlsruhe

Rosemarie Blott, travaille dans le secteur de l'engagement citoyen

Balder Wentzel, Grenzüberschreitende Jugendarbeit Laufenburg

Christiane Steinmetz, Bürgerstiftung Pfalz

Les trois forums citoyens sont, dans leur ensemble, jugés positivement. Une mention toute particulière revient toutefois au forum de Karlsruhe en raison de la présence de nombreux représentants de la société civile ainsi que des discussions très animées et fructueuses s'y étant tenues. Les personnes présentes à l'entretien insistent sur le fait que, en dépit de leurs origines et de leurs expériences sensiblement différentes, les participants issus des trois pays ont clairement laissé percevoir une volonté commune de rapprochement transfrontalier et de mouvement. La frontière, en l'occurrence, c'est le Rhin – non seulement il forme un lien, mais il sépare aussi. La construction de ponts pourrait ici être utile – notamment dans l'esprit des populations. Les participants à l'entretien souhaitent que l'on mette à contribution l'Union européenne, certains problèmes se posant également dans d'autres régions frontalières européennes. Un autre moyen de surmonter les frontières consisterait, estime-t-on, à mettre en œuvre dans la pratique des projets concrets. A cet égard, il faudrait tout particulièrement se concentrer sur la jeunesse. La création d'un office trinational spécialisé dans les questions liées à la jeunesse où des informations (interlocuteurs, partenaires de projets) seraient rassemblées et mises à disposition est jugée utile. Une fondation citoyenne trinationale pourrait représenter un outil intéressant en faveur d'une « véritable participation » des citoyennes et des citoyens. Ces derniers s'y investiraient en toute transparence et sans préjuger du résultat, en abordant diverses thématiques. L'efficacité d'une telle fondation repose sur la confiance. Les obstacles ne peuvent être surmontés qu'à travers le relationnel et les gens, les histoires et l'implication personnelles. Toutes les parties prenantes doivent pouvoir en retirer un avantage ; ce processus doit être engagé par le « bas ». Les participants au présent entretien insistent sur l'absolue nécessité de poursuivre ce dialogue au-delà des forums citoyens.



Entretien avec les participants aux audits d'experts

Participants :

Birger Hartnuss, Chancellerie d'Etat de Rhénanie-Palatinat

Agnès Carapito, Conseil général du Bas-Rhin

Barbara Dobuszewski, Michael-Friedrich-Wild-Grundschule Müllheim

Wolfgang Schröder, Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH

Comme dans le cas des forums citoyens, on s'est trouvé, avec l'organisation des audits d'experts trinationalaux, en terre totalement inconnue. Pour les experts, la difficulté a consisté, dans la recherche de possibilités de mise en œuvre de projets concrets, à s'en tenir aux souhaits des citoyennes et citoyens en bridant leurs propres aspirations. Parallèlement aux thèmes déjà connus, les participants aux audits ont également été confrontés à de nouvelles idées, comme ce désir de disposer d'une institution, d'une « coque », au sein de laquelle la société civile pourrait assurer sa participation. Au nombre des projets concrets, les experts ont notamment sélectionné, dans le secteur des transports, le « Système électronique d'information trinational sur les horaires » et, dans le domaine de la culture, le rallye « Interculturalleyté – Metropoly » (une description précise en figure dans la liste des projets pilotes). L'un des grands défis consiste à ancrer profondément le dialogue avec la société civile dans la Région Métropolitaine Trinationale. Les citoyennes et les citoyens ont été associés au processus de développement d'idées à cet effet. Ce faisant, il est apparu clairement qu'ils sont disposés à assumer des responsabilités et à s'associer aux prises de décision. Dans le futur, les institutions déjà existantes et les services spécialisés dans l'engagement citoyen doivent coopérer transfrontalièrement au sein d'un réseau dont l'un des objectifs sera de poursuivre le dialogue amorcé avec les citoyennes et les citoyens.



Entretien avec des représentants du secteur de l'économie et des sciences

Participants :

Prof. Jean-Alain Héraud, Université de Strasbourg

Manuel Rauch, Etudiant à l'Ecole de Management de Strasbourg

Richard Schmitz, 1er Vice-Président de la chambre de commerce et d'industrie de Karlsruhe

Henry Uhring, Président de l'UECC

Helmut Hersberger, Président du Conseil Rhénan

Des résultats des forums citoyens, les représentants du pilier scientifique déduisent la nécessité de s'impliquer davantage à l'avenir dans la Région Métropolitaine Trinationale. Au regard de la société civile, le rétablissement d'une identité commune est considéré comme un défi que la culture et les sciences peuvent contribuer à relever. Le pilier scientifique recèle un grand potentiel, le paradoxe étant toutefois que, dans ce domaine, les échanges entre les trois pays se font souvent en anglais. Les représentants du pilier économique sont eux aussi d'avis qu'il est urgent de régler le problème linguistique. Il y a lieu, selon eux, de soutenir massivement le bilinguisme franco-allemand. L'économie se désigne elle-même comme le point fort de l'édifice de la RMT. On note que les bonnes idées sont nombreuses, mais que les frontières nationales constituent toujours des obstacles à la mise en œuvre. C'est de confiance, d'enthousiasme, mais aussi d'argent qu'on a besoin. Une priorité majeure pour l'économie est de développer la formation transfrontalière. Pour cela, il convient, d'un côté, d'éveiller l'intérêt des entreprises en faveur des formations transfrontalières et, de l'autre, d'encourager les jeunes à mettre à profit de telles offres et de les motiver dans ce sens. Les avantages économiques et le marché de l'emploi trinational de la RMT peuvent représenter une énorme valeur ajoutée à la fois pour les étudiants et les apprentis. D'un point de vue économique, on a besoin de fortes personnalités endossant une fonction de leader en quelque sorte. Du point de vue du monde scientifique, il y a lieu de mener des activités de recherche de haut niveau et d'améliorer les relations entre les universités. Le multiculturalisme et le plurilinguisme représentent des caractéristiques exceptionnelles qui doivent souligner la place particulière de la RMT.





Entretien avec des représentants du monde politique

Participants :

Kurt Beck, Ministre-Président du Land de Rhénanie-Palatinat

Jean-Marie Belliard, Conseiller régional, Conseil régional d'Alsace

Pierre Bertrand, Vice-Président du Conseil général du Bas-Rhin

Charles Buttner, Président du Conseil général du Haut-Rhin

Gisela Erler, Secrétaire d'Etat en charge de la société civile et de la participation citoyenne
du Land de Bade-Wurtemberg

Bärbel Schäfer, Regierungspräsidentin de Fribourg, Présidente de la Conférence du Rhin supérieur

Urs Wüthrich-Pelloli, Conseiller d'Etat du Canton de Bâle-Campagne

Selon les représentantes et représentants du monde politique, il est déterminant, pour le développement futur de la RMT, que celle-ci soit considérée comme une région – c'est la région qui compte, et non pas les Etats nationaux. Ceci vaut à la fois d'un point de vue économique et politique. La gouvernance trinationale constitue à cet égard un défi majeur dont la mise en œuvre requiert beaucoup de patience au regard des différences qui s'observent dans les processus décisionnels politiques des diverses régions. L'histoire commune des populations de la région du Rhin supérieur est considérée comme un élément fédérateur entre les partenaires de la RMT. L'aspect linguistique est déterminant. Pour l'apprentissage de la langue du voisin, de nombreuses offres sont disponibles dès les jardins d'enfants et les écoles dans toutes les régions partenaires. Afin de se rapprocher de l'objectif consistant à intégrer la société civile, il faut bien entendu une vision ; l'on considère toutefois qu'il est nécessaire également de régler les réalités quotidiennes.

A propos de la question de la participation citoyenne trinationale, il est rappelé qu'il existe déjà une participation citoyenne transfrontalière (s'agissant de la problématique liée au stockage définitif de déchets p. ex.). La compétence linguistique des citoyennes et des citoyens ne suffit toutefois pas à elle seule pour développer la participation citoyenne. L'« attrait de la rencontre » doit être souligné. C'était une bonne idée que d'organiser les trois forums citoyens pour prendre note des souhaits et des intérêts des citoyennes et des citoyens. La politique se sent investie d'une mission de pérennisation, souhaitant offrir aux citoyennes et aux citoyens de telles tribunes pour s'exprimer. La politique n'est toutefois pas responsable de l'engagement des citoyennes et des citoyens : « l'implication ne se commande pas ». La participation citoyenne ne peut se développer que dans le cadre d'un processus. Il est important que les représentantes et les représentants du monde politique soient très proches des citoyennes et des citoyens. Ceux-ci doivent être associés très tôt et en toute transparence aux décisions, par exemple en ce qui concerne les projets d'infrastructure. L'implication dans la réflexion commune apporte bien davantage que le simple pouvoir, au final, de dire « oui » ou « non ». Un participant à l'entretien propose de mettre en place une « participation citoyenne au développement de projets » : lorsqu'une idée est poursuivie, les citoyennes et les citoyens devraient en être informés. A l'issue du processus, ils prendraient une décision dans le cadre d'un vote. L'introduction d'éléments référendaires semble également envisageable. Dans un tel processus, les citoyennes et citoyens doivent être conscients du fait que de disposer de nombreux droits est aussi synonyme de grande responsabilité.



« Agir et se développer ensemble »

Perspectives par Bärbel Schäfer,
Regierungspräsidentin de Fribourg



Le concept de la Région Métropolitaine Trinationale recèle l'idée d'une coopération transfrontalière qui ne serait pas, dans le futur, strictement cloisonnée par domaines. Les principaux acteurs de la vie politique, économique, scientifique et de la société civile sont au contraire appelés à y participer de manière coordonnée. Les traités internationaux et les échanges de notes ne suffisent pas, en effet, pour donner à une région un visage et un sentiment de communauté au-delà des frontières. C'est pourquoi, la participation des citoyennes et des citoyens est indispensable.

Les forums citoyens organisés avec succès ont donné corps à notre volonté déclarée d'être à l'écoute des critiques et attentifs aux nouvelles idées - pour les réaliser ensuite - des habitants de la région du Rhin Supérieur.

Une citoyenne française qui livrait ses impressions à la tribune du 13^{ème} Congrès tripartite de Landau clôturant le cycle des forums citoyens a exprimé, sous les applaudissements, son souhait de pouvoir continuer d'échanger avec les responsables politiques à l'avenir. Je m'en suis fortement réjouie et j'ai spontanément proposé de poursuivre le dialogue citoyen au mois de juin 2013 dans le cadre d'une manifestation qui sera organisée à l'instigation des trois pays au siège du gouvernement à Fribourg-en-Brisgau. Les représentantes et représentants du monde politique comme les porte-paroles des secteurs de l'économie et des sciences sont volontiers disposés à y participer.

L'objectif n'est pas de créer de nouvelles structures, mais de développer des formes modernes de coopération transfrontalière et de mise en réseau et de les animer en intégrant des organisations et des acteurs de la société civile. Il s'agit à présent d'impliquer activement les citoyennes et les citoyens, de les informer de projets importants de la coopération transfrontalière qu'on fera progresser alors de manière constructive avec leur concours.

Ce qui a longtemps fait défaut, notamment au niveau européen, doit aujourd'hui être un élément constitutif du développement futur de la Région Métropolitaine Trinationale : vivre et expérimenter, coopérer avec créativité à la mise en place d'une région dotée des meilleures infrastructures, proposant de nombreux emplois et bénéficiant d'une haute qualité de vie. Il y va de l'avenir de la Région du Rhin supérieur.



Déclaration pour la mise en œuvre des résultats du 13ème Congrès Tripartite du 27 juin 2012 à Landau

En 2010 et 2011, une grande première transfrontalière a eu lieu dans la région du Rhin Supérieur: des habitants de la Rhénanie-Palatinat, du Bade-Wurtemberg, de l'Alsace et de la Suisse du Nord-Ouest se sont rencontrés à l'occasion de trois forums citoyens trinationalaux, intitulés « Rendez-vous régional ». Ils ont ainsi pu exprimer leurs idées, leurs conceptions et leurs attentes vis-à-vis de la Région Métropolitaine Trinationale du Rhin Supérieur (RMT). L'accent a notamment été mis sur le cadre envisagé pour une participation citoyenne, et sur les activités propices à l'engagement de la société civile dans notre région transfrontalière.

Les trois forums citoyens ont permis aux représentantes et représentants de la Région Métropolitaine Trinationale du Rhin Supérieur de comprendre ce qui est essentiel pour que les citoyens aient le sentiment d'appartenir à un seul et même territoire. Les participants ont formulé des idées, des suggestions, qui permettent d'esquisser ce que la RMT devrait représenter dans le futur. Nous les remercions vivement pour ce dialogue trinational intensif, ouvert et direct.

Suite à cette consultation citoyenne, les représentants techniques des trois pays ont recensé l'ensemble des projets et des mesures déjà mis en œuvre, ou pouvant combler certaines des attentes exprimées. Ils ont également établi une liste des acteurs qui pourraient constituer des relais d'information utiles à la mise en œuvre de projets par les habitants du Rhin Supérieur. Tous s'efforceront de mieux faire connaître les projets et les initiatives existants, de les rendre plus accessibles pour les citoyens et de faire plus d'actions de communication.

Onze premiers projets (« Starterprojekte ») concrets devraient être mis en œuvre dans les meilleurs délais. Reprenant des idées fondamentales exprimées lors des forums citoyens, ces 11 projets devraient faciliter le quotidien des habitants du Rhin Supérieur.





Par ailleurs, la Conférence du Rhin supérieur a rédigé un mémento recensant toutes les sources de financement existant dans la région du Rhin supérieur, afin de faciliter le montage financier des futurs projets transfrontaliers portés par des citoyens.

Les partenaires déjà actifs au niveau local, les Eurodistricts et INFOBESTs notamment, sont les premiers à accueillir les citoyennes et les citoyens engagés au niveau transfrontalier. Ils continueront à leur venir en aide et à les orienter dans le futur.

Afin de soutenir activement les initiatives, groupements, associations et organisations issus de la société civile, un réseau en faveur de la promotion de l'engagement transfrontalier des citoyens devrait être créé prochainement dans la Région du Rhin supérieur.

Le dialogue entre les sphères politique, économique et scientifique, d'une part, et la société civile, d'autre part, est un défi majeur pour la Région Métropolitaine du Rhin supérieur. Le 13^{ème} Congrès Tripartite est une première étape dans ce sens. Nous savons toutefois que l'engagement et la participation de la société civile doivent s'inscrire dans la durée pour porter leurs fruits. C'est pourquoi, nous souhaitons poursuivre notre action, avec l'ensemble des acteurs, des institutions compétents et les citoyennes et citoyens de la Région du Rhin supérieur.

Pour le Pilier
Politique
Charles Buttner

Pour le Pilier
Economie
Jean-Louis Hoerle

Pour le Pilier
Sciences
Prof. Dr. Jean-Alain Héraud

Pour le Pilier
Société Civile
Kurt Beck



**Aufwiedersehen in
Freiburg 2013!**

**Au revoir
à Fribourg en 2013 !**





13. Dreiländerkongress 13^{ème} Congrès Tripartite



**Rendez-vous régional -
Zivilgesellschaft im Dialog mit ...**

**Rendez-vous régional -
Société Civile à la rencontre de ...**

Dieses Projekt wurde von der Europäischen Union kofinanziert -
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).
Cofinancé par l'Union européenne -
Fonds européen de développement régional (FEDER)



EUROPÄISCHE UNION



TRINATIONALE
METROPOLREGION
OBERRHEIN



REGION METROPOLITAINE
TRINATIONALE
DU RHIN SUPERIEUR



RÉPUBLIQUE FRANÇAISE



Kanton
Basel-Stadt



Kanton
Basel-Landschaft



Kanton
Aargau



Kanton
Solothurn



République
et Canton
du Jura



Rheinland-Pfalz

STAATSKANZLEI